Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Sydekum, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, beide in Halle. — Redaktion: Halle, Gr. Brauhausstr. 17, Fernsprecher Nr. 5407. Sprechstunde nur Dienstag und Freitag vormittag von 11½—12½ Uhr. Redaktionsschluß vormittags 10 Uhr. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark frei Haus, vierteljährlich 3.75 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Anzeigengebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. — Fernsprecher Nr. 6802. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3.75 ohne Bestellgeld.

Nr. 126. **Halle, Freitag, den 6. Juni 1919.** **[illegible]. Jahrgang.**

Die alten Götzen.

Nichts ist beständig. Es gibt nichts, daß nicht im Laufe der Entwicklung Veränderungen unterworfen wäre. So natürlich auch der Kapitalismus. Fortdauernd macht er Veränderungen seiner Erscheinungsformen durch und bietet zu verschiedenen Zeiten seiner Entwicklung ein verschiedenes Aussehen. So darf man ihm nachrühmen, daß er besonders im zweiten Drittel des vorigen Jahrhunderts, in welches der bewundernswerte Aufschwung der angewandten technischen und chemischen Wissenschaft fällt, daß er damals großzügige Handlungen zur immer weiter sich breitenden Naturbeherrschung im Dienste des Kapitals unternahm. Er zauberte Wüsten um, spannte gigantische Bogen über das Oedland wirtschaftlicher Anfänge und überzog die ganze Welt mit der Gewalt seines egoistischen Fördertriebs. Womit freilich nicht gesagt sein soll, daß die gesellschaftliche Form der Produktion nicht noch kühnere Mittel finden, die Natur dem Menschen nutzbar zu machen, und edlere Triebkräfte hierfür wecken werde. Aber immerhin, eine gewisse Wirksamkeit und Größe kann man dem Kapitalismus jener Zeiten nicht absprechen.

Heute haben die ihn beflügelnden Absichten — wenn ihm auch zu allen Zeiten seines Bestandes innewohnend — viel gehässigere Wirkungen in den Vordergrund geschoben. Schon der Krieg hat die schaffende, die schöpferische Wirksamkeit des Kapitalismus fast völlig aufgegeben;

die innerste Bedeutung

dieses bedenkenlosen Mordens aber bestand von seinem Anfang an in der von den einzelnen Gruppen der kriegführenden beabsichtigten Sicherung des arbeitslosen Einkommens, der widerlichsten und aufreizendsten Wirkung des Privatbesitzes an den Arbeitsmitteln. In den uns gestellten Friedensbedingungen tritt diese Absicht des Ententekapitalismus in ihrer ganzen Häßlichkeit nackt in den Vordergrund.

Aber auch im eigenen Volke hat sich die Charakterlosigkeit, der Egoismus gerade jener Nutznießer des arbeitslosen Einkommens am schamlosesten erwiesen, die sich vorher an nationalistischem Gewäsche zum letzten Zwecke der eigenen Bereicherung nicht genug tun konnten. Als sie merkten, daß der Staat von ihrem auf Kosten anderer errafften Gute ein erheblich Stück zur Abtragung der zu ihrem Vorteil angewachsenen Lasten verlangen werde, da brachten sie ihren Mammon über die Grenzen in Sicherheit. Und die anderen, deren Besitz in nicht verrückbaren Produktionsmitteln besteht, die zu verteidigen sie vorher als höchste vaterländische und nationale Pflicht hinausschrien, scheuen heute nicht vor dem

schmutzigsten Verrat

zurück, um in Zukunft als Bürger des früher beschimpften Feindesstaates an den Lasten des Besiegten nicht mittragen zu müssen und ihre arbeitslose Herrlichkeit für weiterhin gesichert zu haben.

Gefährlicher noch für die Zukunft unseres Arbeitsvolkes sind jene, die im Lande bleibend den schaffenden Arbeiter zwingen, immer höhere Löhne für seine Lebenshaltung zu fordern, um dieses Mehreinkommen schließlich doch wieder als arbeitslosen Ertrag ihres Besitzes in den eigenen Sack zu leiten. Jeder spürt heute am eigenen Leibe die verderblichen Folgen dieser Escamotage des Arbeitsertrages. Jene kapitalistischen Zauberkünstler wollen auch nicht ein kleinstes Bruchteilchen ihres gewohnten Profits preisgeben; wenn wir andern alle stets wieder die erklärende Formel zu hören bekommen, daß der Krieg durch die Verringerung der Lebensmittel und Rohprodukte notwendig solche Opfer verlange — niemals noch haben wir die Staatsgewalten sagen hören, auch der agrarische und Händlerkapitalismus solle die gemeinsamen Opfer mittragen helfen und auf einen Teil seines Gewinnes verzichten; ihm bleibt stets dieselbe Verhältnisgröße des arbeitslosen Mehrertrages gesichert. Wir mußten dem Militarismus als Diener des Gelbsacks die persönliche Freiheit, Gesundheit — wieviele das Leben — und unser Gut hingeben; jenen blieb die Möglichkeit des ungeheuerlichsten Gewinnes gewahrt.

Gefährlicher noch ist die Form des Schutzes ihres arbeitslosen Einkommens, die unsere Unternehmer anzuwenden nicht übel Lust zeigen: sie verspüren nämlich, daß die hohen Löhne und kommenden Abgaben

ihre Profite erheblich beschneiden

könnten, daß sie zu einfachen, wenn auch glänzend bezahlten Leitern ihrer bisher schrankenlos besessenen und ausgebeuteten Betriebe hinuntersinken müssen. Das aber liegt durchaus nicht in ihrem Sinn, und nun gehen sie daran, ihren Privatbesitz dadurch zu retten, daß sie die Betriebe sperren, wenn sie ihnen nicht mehr ein gewisses und gewohntes Mindestmaß von arbeitslosem Einkommen sichern. Was mit dem nun beschäftigungslosen Arbeiter, mit dem Staat geschieht, ist ihnen gleichgültig; ja sie würden es durchaus in Ordnung finden, wenn sich reaktionäre Mächte in den Dienst ihrer verlorenen Ausbeutungsmöglichkeiten stellen, um alle antikapitalistischen — und freiheitlichen — Errungenschaften zu ihren Gunsten zu beseitigen.

Völlig bloß und schamlos aufrichtig besorgen die vom Ententekapital beauftragten Staatsmänner dieses Geschäft. Daß sich vorzüglich Frankreich so verbissen für Polens Bereicherung durch industriemächtige deutsche Gebiete im Osten einsetzt, hat seinen Grund lediglich im selben kapitalistischen Interesse. Die Rentner Frankreichs wollen auch weiterhin im Genusse ihres arbeitslosen Einkommens verbleiben, dessen kapitalistische Grundlage, das Geld, sie zum nicht geringen Teil in die Militarisierung Polens als Teil Rußlands, für strategische Eisenbahnen usw. gesteckt haben. Wozu hätten sie denn sonst die ganzen

vier Kriegsjahre nationalistisches Geheul

gemacht und ihre Arbeiter und Bauern als Soldaten verkleidet in die Schützengräben geschickt? Polen soll auch seinen Ausgang zum Meere haben; nicht etwa, weil das polnische Arbeitsvolk dies so benötigt, sondern weil es der französische Rentner so braucht.

Elsaß? Freilich ein hochklingender Name! Aber im Sinne des arbeitslosen Einkommens bleibt er Schall und Rauch; das Wichtige an ihm sind die Produktionsmittel und die Arbeiter, die die Zinsen schaffen sollen der in den Krieg geworfenen Kapitalien.

Unsere Kolonien? Dort festzulegende Kulturarbeit? Wer lacht da irgendwo aus einem Winkel her? Aber Englands Kapital hat es satt, aus den Armen der Schwarzen fließende Arbeitswerte in Deutschlands Tresors fließen zu sehen. Baumwolle, Kautschuk, Zuckerrohr usw. wird man in Deutschland auch in Zukunft verarbeiten; aber daß der daraus erfließende Mehrwert deutschen Faulenzern zugute komme, das geht John Bull auf die Nerven; er will ihn nun selbst arbeitslos genießen, und Lloyd George hat es ihm zu ermöglichen.

Des deutschen Arbeiters Fleiß und Intelligenz soll durch alle die würgenden Bedingungen den Ententekapitalisten das arbeitslose Einkommen sichern — durch die Wasserstraßenkontrolle, die Saarannexion und den Einfluß des „Völkerbundes" auf Deutschlands Steuergesetzgebung — nicht zuletzt durch Wilsons idealistisches Geflunker: das allein ist der Sinn dieses völkermordenden Beginnens.

Bezeichnend aber ist für die geringe Durchbildung der Arbeiter aller Völker, daß sie sich aus

augenblicklichen Vorteilen

diese ihnen allen schließlich doch gemeinsam drohende Gefahr gefallen lassen. Daß sie drüben die ihnen erfließenden Vorteile annehmen, wie es die deutschen Arbeiter auch getan hätten, wenn Deutschland Sieger geblieben wäre. Zwar mit Protesten hüben und drüben, aber ohne kraftvolle Auflehnung gegen die neue Festlegung des arbeitslosen Einkommens durch den Privatbesitz.

Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft diese Gefahr in ihrer ganzen Größe erkennt.

Die Niederlage Clemenceaus.

Paris, 5. Juni. (WTB.) Die vier Regierungsführer setzten die Beratung der deutschen Gegenvorschläge fort, insbesondere in Bezug auf Ober-Schlesien. Man ist nicht der Ansicht, daß die Antwort vor der kommenden Woche überreicht wird. Wenn dann die Frist zur Unterzeichnung vier Tage betragen soll, kann der Friede bis zum 15. Juni unterzeichnet sein.

Versailles, 5. Juni. Was gestern vorauszusehen war, ist heute einigermaßen als Tatsache zu betrachten. Der Viererrat ist gezwungen worden, die deutschen Gegenvorschläge ernstlich zu prüfen. Clemenceau hat also eine Niederlage erlitten, denn seine Absicht, die Gegenvorschläge ohne Prüfung glatt abzulehnen, ist hauptsächlich am Widerstand Lloyd Georges gescheitert. Wer Donnerstag die Morgenblätter aufmerksam liest, und auch vorhandene Zensurlücken zu deuten weiß, muß folgendes feststellen: Die Frage der Zukunft Oberschlesiens scheint noch nicht entschieden. „Echo de Paris" gibt zu, daß Aenderungen nach dieser Richtung so gut wie sicher erscheinen, ferner auch, daß eine ganze Reihe Fachkommissionen die deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Ausführungen am Friedensentwurf ernstlich nachprüfen.

Die Antwort ist nicht vor Mitte nächster Woche zu erwarten, denn die Presse erklärt einmütig, daß sie frühestens Dienstag erfolgen könne. Was unsere Stellung nicht schwächt, ist das Entsetzen, das die Oesterreich vorgelegten Friedensbedingungen hervorgerufen haben. Selbst Renner, der bar jedes Nationalstolzes in St. Germain wie ein Angeklagter vor seinen Richtern erschienen ist, hat dem Vertreter der Depeschen-Agentur Radio seinen und Professor Lammasch Entschluß zum Widerstand gegen eine derartige Strangulierung Oesterreichs und damit auch gegen die Deutschlands ausgesprochen.

Daß die französische Presse den Versuch macht die Clemenceau abgezwungene Nachprüfung des Friedensentwurfs zu maskieren, darf nicht wundernehmen, aber die erneute starke Zensurierung des Miljonschen Organs „Chicago Tribune" sagt genug.

Zugeständnisse an Deutschland.

In unterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß die Entente unseren Gegenvorschlägen kein glattes Nein entgegensetzen und sich zu Milderungen des Friedensvertrages bereitfinden lassen wird. Auch nach den Aeußerungen der Ententepresse zu urteilen, sind die englischen und amerikanischen Delegierten für Zugeständnisse an Deutschland. Auch Frankreich scheint sich, wenn auch widerwillig und erst nach längerem Zögern, diesem Standpunkt angeschlossen zu haben. Zu der Bereitwilligkeit, uns Milderungen des Friedensvertrages zu gewähren, ist die Entente wohl im Hinblick auf die Erkenntnis gekommen, daß wir in unseren Gegenvorschlägen fast alles angeboten haben, was wir besitzen. Frankreich hat offenbar erkannt, daß es mit seinem Wunsch nach eventueller Wiederaufnahme des Krieges allein stehe und England und Amerika kein unmittelbares Interesse an einer solchen Wiederaufnahme haben. Frankreich tut nun alles, um die Unterzeichnung des Friedensvertrages durch die Deutschen möglichst zu beschleunigen. So sind wohl auch die französischen Umtriebe im Rheinland und in der Pfalz darauf zurückzuführen, daß Frankreich wünscht, einen Druck auf unsere Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung auszuüben. Wieweit die Zugeständnisse der Entente gehen werden, läßt sich augenblicklich noch nicht sagen, da man in Ententekreisen selbst noch nicht über diese Frage einig ist. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß sich die Milderungen des Friedensvertrages in der Hauptsache auf die östlichen Fragen beziehen und wahrscheinlich auf Kosten der Polen erfolgen werden. Die Polen haben nunmehr im Ententelager fast alle Sympathien verloren, da sie durch die Handlungen der letzten Zeit immer wieder bewiesen haben, daß sie sich um die in Paris gefaßten Beschlüsse der Großmächte nicht kümmern. Wann die Antwort der Entente zu erwarten ist, ist noch unbestimmt, doch ist es wahrscheinlich, daß sie den deutschen Delegierten gleich nach Pfingsten übermittelt werden wird.

Die Offensive des französischen Proletariats.

Genf, 4. Juni. Die Arbeiterbewegung in Frankreich hat gewaltige Dimensionen angenommen. Die Volksoffensive des französischen Proletariats hat begonnen. Der revolutionäre Charakter, den die täglich anbereits an die 300 000 Streikende zählt, sondern auch in der wachsende Streikbewegung nicht nur in Paris, wo man Provinz über eine Lohnbewegung hinaus angenommen hat und diese zu einer politischen Aktion macht, wird von den sozialistischen Blättern offen zugegeben und von der Regierungspresse festgestellt. Dem Streik der Pariser Metallarbeiter, der an die 50 000 Teilnehmer zählt, und demjenigen der großen Warenhäuser haben sich auch die Pariser Untergrundbahnen, die Nord- und Südbahn angeschlossen, ebenso die Flugzeugfabriken. In der „Humanité" schreibt Marcel Cachin über Ursache und Ziele des Streiks, ihm liege die sozialistische Unruhe zugrunde. Es wird mit einem Worte gesagt, die Arbeiterklasse zweifle zu sehr an der Lebenskraft und Fortdauer des Kapitalismus. Er kann wohl einige Zeit den Krieg mit seinem Volke überleben, aber überall sieht man die Anzeichen seines Verfalls.

Bezeichnend für die politischen Ziele der heutigen Streikbewegung ist der in der „Humanité" veröffentlichte Aufruf an die Arbeiter, der sich gegen die Intervention in Rußland richtet und worin es heißt: Die sozialistische Partei beschwört das französische Volk, die Vernichtung der Arbeiterrevolution nicht zuzulassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190606-12/fragment/page=0001

Der „Temps" äußert über die Ausdehnung des Streiks große Unruhe und schreibt, die Veranstaltung deute darauf hin, daß es sich hier um keine rein wirtschaftliche Bewegung, sondern um eine solche revolutionären und politischen Charakters handelt, die auf die Regierung der Entente einen Druck ausüben will, um ihr die Früchte des Sieges zu entreißen, was zur Folge hätte, daß der Schuldner Deutschland seiner gerechten Sühne entzogen werde.

Militärische Vorkehrungen gegen die Streiks.

Genf, 4. Juni. Aus Paris wird gemeldet, daß die französische Regierung angesichts des Ernstes der Lage bereits militärische Vorkehrungen gegen die Ausstandsbewegungen getroffen hat. Heute sind weitere Arbeiterkategorien dem Beispiel der Streikenden gefolgt, so daß sich die Zahl der Ausständigen jetzt auf annähernd eine halbe Million Mann beläuft. Von seiten der französischen Presse wird dem Generalstreik deswegen eine so große Bedeutung beigemessen, weil Einwirkungen auf den Gang der Friedensverhandlungen befürchtet werden. Die Zensur arbeitet scharf und läßt nur Kommentare durch, die den Streik als Lohnbewegung werten. Trotzdem läßt sich aus Andeutungen der linksstehenden Organe erkennen, daß neben den wirtschaftlichen Forderungen politische Ziele die Triebfeder der Bewegung sind. Die Sozialisten versuchen unmittelbar vor Unterzeichnung des Friedensvertrages eine völlige Niederwerfung und Knebelung Deutschlands zu verhindern, weil sie in der Durchführung des Diktatfriedens die schlimmste Gefährdung der sozialistischen Entwicklung und eine Erstarkung des kapitalistischen und militaristischen Imperialismus erblicken.

Streik-Ende.

Amsterdam, 4. Juni. Einer Rentermeldung aus Toronto zufolge sind die Versuche, den allgemeinen Ausstand weiterzuführen, gescheitert. 6—7000 Streikende haben der von den Metallarbeitern an sie gerichteten Aufforderung, die Arbeit wieder aufzunehmen, Folge geleistet.

Sowjets auch in Irland.

Berlin, 4. Juni. Die Lage in Irland spitzt sich weiter zu. Die Morning Post vom 31. Mai betitelt ihren Leitartikel mit „Sowjet in Irland" und berichtet, daß von der Irish Cooperative Commonwealth, die mehr als 1000 kooperative Gesellschaften umfaßt, Sowjeträte nach russischem Muster in mehreren Plätzen eingesetzt worden sind. Die Morning Post stellt die Frage, ob die Regierung beabsichtige, Irland demnächst wiederzuerobern.

Die Bekämpfung des Bolschewismus in England.

Amsterdam, 5. Juni. Dem „Telegraaf" zufolge haben die Vertreter von 21 Arbeitgeber-Verbänden und von 20 Gewerkschaften in Manchester über eine gemeinsame Aktion zur Bekämpfung der bolschewistischen Propaganda und zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verhandelt.

Das Affentheater im Rheinland.

Berlin, 5. Juni. (W.T.B.) Das B. T. meldet aus Frankfurt a. M.: Der Präsident der rheinischen Republik, Dorten, versuchte gestern abend mit seinem neu gebildeten Kabinett durch einen Handstreich von der Regierung in Wiesbaden Besitz zu ergreifen. Er benutzte den freien Nachmittag der Beamten, um in das Regierungsgebäude einzudringen, und ordnete als erste Amtshandlung die Hissung einer weißgrünen Fahne, die er gleich mitgebracht hatte, an. Doch konnte der Befehl nicht ausgeführt werden, weil man nicht den Aufstieg zum Dache fand. Inzwischen hatte sich die Kunde von dem beabsichtigten Putsch verbreitet, und eine große Menschenmenge sammelte sich mit dem Ausdrucke heftigster Empörung vor dem Gebäude. Handfeste Leute drangen in das Gebäude und verprügelten die Herren Minister fürchterlich, so daß einige vom Arzt den ersten Verband erhielten und ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Nur Dr. Dorten kam allmählich davon, weil er sich im Regierungsgebäude versteckte und später durch die Flucht rettete. Bemerkenswert war bei den Vorgängen die Haltung des französischen Militärs. Die Wache im Regierungsgebäude beobachtete volle Neutralität. Auch der Kommandant von Wiesbaden Pinot erklärte, sich nicht in die Vorgänge einmischen zu wollen; nur müsse auf der Straße Ruhe bewahrt werden.

Wie der „Vok.-Anz." meldet, hat sich Wiesbadens Magistrat einstimmig gegen die neue Regierung ausgesprochen und erklärt, daß er ihre Befehle und Weisungen nicht anerkennen werde. Der neue Präsident Dorten hält sich in seiner Residenz in Biebrich auf, da ihm wegen der Drohungen der Arbeiter Wiesbaden zu unsicher geworden ist.

Köln, 5. Juni. Die Köln. Volksztg. meldet: In der gestrigen Sitzung der Kölner Stadtverordnetenversammlung wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: Die Stadtverordnetenversammlung, die Vertretung der größten rheinischen Stadt, lehnt die in Wiesbaden und Mainz von einigen unverantwortlichen Personen erfolgte Proklamation einer rheinischen Republik mit aller Entschiedenheit ab. Die Bevölkerung Kölns ohne Unterschied des Standes, der politischen Parteirichtung und des religiösen Bekenntnisses hat mit diesen politischen Phantasien nicht das mindeste zu tun. Das uralte deutsche Köln fühlt sich mit dem deutschen Vaterlande in den bittersten Unglückstagen fester verbunden denn je.

Gegen Dr. Dorten ist das Hochverratsverfahren bereits eingeleitet.

Eine deutsche Protestnote an Frankreich.

Berlin, 5. Juni (WTB.) Clemenceau wurde zusammen mit den von Erzberger an Nuland gegebenen Note eine Note über die Loslösung der Rheinlande und der Pfalz überreicht, in der unter anderm festgestellt wird, daß diese Bestrebungen von den Okkupationsbehörden nicht nur geduldet, sondern sogar offen unterstützt würden. Deutsche Beamte, die pflichtgemäß gegen die Anstifter einschreiten und sie zur Verantwortung ziehen wollten, seien mit Ausweisung bedroht und verfolgt worden. Weiter heißt es in der Note, die deutsche Delegation mache die Alliierten darauf aufmerksam, daß die Förderung der Abtrennung in hohem Maße geeignet sei, die Friedensverhandlungen zu stören, in schroffem Gegensatz zu Artikel 5 des Waffenstillstandsabkommens stehe, und daß eine Abtrennung so großer Volksteile die wirtschaftlichen Unterlagen der Leistungsfähigkeit Deutschlands erschüttern müsse. Beförderten also die Okkupationsbehörden den Abfall der Rheinlande, so verringerten sie die rechtlichen Sicherheiten für die Durchführung der Friedensbedingungen. Zum Schluß fordert die Note, daß die Okkupationsbehörden angewiesen werden, jede Förderung der Loslösungsbestrebungen zu unterlassen und die deutschen Behörden bei deren Bekämpfung nicht zu hindern.

Eine wichtige Reise nach Versailles.

Berlin, 6. Juni. Gestern Mittag reisten der Oberbürgermeister Adenauer-Köln, der Geheime Kommerzienrat Hagen, der Abgeordnete Neumann, Regierungspräsident von Stark und der Führer des Zentrums Rechtsanwalt Lannartsch-Koblenz nach Versailles ab, wohin sie zu vertraulichen Besprechungen geladen sind.

Die Unabhängigen gegen die Zerreißung Deutschlands.

Das Zentralkomitee der U. S. P. erläßt einen Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft, in dem es nach einer scharfen Kennzeichnung der verräterischen Umtriebe im Rheinland und ihrer Hintermänner, ehemaliger alldeutscher Annexionisten und klerikaler Machtpolitiker, heißt:

Gegen diesen Volksverrat ihrer schlimmsten Feinde erhebt die sozialdemokratische Arbeiterschaft den schärfsten Protest. Das Proletariat fordert gerade von seinem grundsätzlichen Standpunkt aus den nationalen Einheitsstaat. Die nationale Zerreißung hemmt und verfälscht seinen Klassenkampf. Die deutsche Arbeiterklasse fordert die sozialistische Einheitsrepublik: sie bedarf der einheitlich zusammengefaßten Staatsmacht, um die großen politischen Aufgaben, die seine Herrschaft dem Proletariat stellt, zu erfüllen; sie bedarf des einheitlichen Wirtschaftsgebietes, um die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft durchzuführen.

Zu den Protestestreiks in Köln, Wiesbaden, Mainz usw. spricht der Aufruf seine volle Zustimmung aus und fordert die Arbeiter auf, weiter „unbeugsame Feinde aller separatistischen Verrätereien" zu bleiben. Dann heißt es:

Im Verein mit der ganzen Internationalen protestieren wir gegen den Gewaltfrieden, der deutsches Gebiet gegen den Willen der Bevölkerung abtrennen und die Kraft der deutschen Arbeiterklasse lähmen will. Im Innern aber wollen wir den kapitalistischen und klerikalen Verrätern durch die Macht der deutschen Arbeiterklasse den Beweis erbringen, daß ihre Fluchtversuche vor dem Sozialismus zum Scheitern verurteilt sind.

Wir freuen uns, feststellen zu können, daß in diesem Falle es in der ganzen sozialistischen Arbeiterschaft Deutschlands nur eine Meinung gibt.

Der unannehmbare Friedensvertrag für Österreich.

Wien, 4. Juni. (WTB.) In der heutigen Vollsitzung der Wiener Börsenkammer wurde beschlossen, die Börse bis auf weiteres zu schließen. Ferner wurde eine Kundgebung angenommen, in der betont wird, daß das allmähliche Bekanntwerden der Einzelheiten des Friedensvertrages immer mehr den Eindruck des Katastrophalen vertiefe. Es wird auf die völlige Unannehmbarkeit der bekannt gewordenen Zumutungen hingewiesen, die die Voraussetzung für einen vollkommenen Niederbruch der heimischen Volkswirtschaft und für eine absolute Unmöglichkeit einer wirtschaftlichen Existenz der gesamten Bevölkerung darstellten. Die Kundgebung [illegible] daß die Verfügung über die Rechtsverhältnisse in den neugegründeten Nationalstaaten den Ruin des Volkes und Staates herbeiführen müßten.

Will Amerika uns helfen?

New York, 4. Juni. (Reuter.) In einer Versammlung von Bankiers wurde beschlossen, in den verschiedenen amerikanischen Städten Komitees zu errichten, um die industriellen und finanziellen Hilfskräfte Amerikas zur Gewährung der Kredite zusammenzufassen, die notwendig sind, um Europa wieder auf die Beine zu helfen.

Der Zusammentritt der Nationalversammlung.

Berlin, 6 Juni. (WTB.) Die Einberufung der deutschen Nationalversammlung ist, wie die Deutsche Allgem. Ztg." mitteilt, für die zweite Hälfte der nächsten Woche zu erwarten und zwar nach Berlin, nicht nach Weimar. Sie wird sich zunächst mit der Friedensfrage beschäftigen. Morgen fährt der Präsident Fehrenbach nach Berlin zurück, alsdann wird der genaue Termin der Einberufung festgesetzt.

Zur Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat folgenden Antrag angenommen:

Die Regierung hat ihre Erklärung in der Nationalversammlung, die Militärgerichtsbarkeit für nichtmilitärische Vergehen aufzuheben bisher nicht durchgeführt.

Die Fraktion fordert von der Regierung auf das bestimmteste, daß unverzüglich die Militärgerichtsbarkeit entsprechend ihrer früheren Erklärung aufgehoben und darüber hinaus die Militärgerichtsbarkeit überhaupt beseitigt wird.

Wie uns dazu mitgeteilt wird, sind die gesetzgeberischen Arbeiten zu dieser Gesetzesreform in Vorbereitung.

Gegen die Vermögensverschiebungen.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat folgende Interpellation zur schleunigen Beratung eingebracht:

„Ist der Regierung bekannt, daß die großen Einkommen und Vermögen auf den verschiedensten Wegen, insbesondere durch Abwanderung nach dem Auslande, der steuerlichen Erfassung entzogen werden?

Ist ihr weiter bekannt, daß den Reichsfinanzen unabsehbarer Schaden zugefügt wird durch die Annahme von Kriegsanleihe zum Nennwert beim Verkauf von Heeresgut?

Ist die Regierung bereit, in kurzester Frist der Nationalversammlung Gesetzentwürfe zur schärfsten Erfassung der Kriegsgewinne und der großen Einkommen sowie zur Erhebung einer allgemeinen progressiven Vermögensabgabe vorzulegen?

Ist sie ferner bereit, die Inzahlungnahme der Kriegsanleihe zum Nennwert sofort einzustellen?"

Die Neue Kirche.

Unter allen den gegenwärtigen Versuchen, das evangelische Kirchenwesen zeitgemäß zu gestalten, stellt der soeben erschienene Aufruf des Bundes Neue Kirche das durchgreifendste Reformprogramm dar. Sein Ziel ist, eine protestantische Kirche zu schaffen, die auf die freien Bürger des neuen Volksstaates anziehend zu wirken vermag, in der auch ein Sozialdemokrat Heimatrecht und Befriedigung findet. Er will nicht die Sozialdemokratie für die bestehende Kirche gewinnen, sondern die Kirche für den Sozialismus Jesu, d. i. die Religion des Brüdertums aller Menschen, die sich im Leben der einzelnen, des Staates wie der Völkerwelt bewähren soll. Hervorgegangen aus einer Vereinigung evangelischer Friedensfreunde (1917!) hat sich der Bund sozialistischer Kirchenfreunde erweitert zu einem „Bund Neue Kirche", der die neue evangelische Kirche erbauen helfen will in enger Fühlung des religiösen mit dem gesamten Geistesleben, in Uebereinstimmung mit den volksstaatlich-sozialistischen Idealen, durch Bekenntnis zu Völkerbund und Völkerfrieden, mit eigener demokratischer Verfassung. Zu den Gründern gehören neben einer Reihe Bürgerlicher auch Mitglieder der sozialistischen Parteien, darunter die Pfarrer Auer-Charlottenburg, Dehn-Berlin, der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins Reußen bei Leipzig und der unabhängige Abgeordnete Pfarrer Dr. Vogl.

Das ausführliche Programm wolle man erbitten vom Bureau des Bundes Neue Kirche, z. H. des Schriftstellers Hans Freimark, Berlin-Wilmersdorf, Deidesheimer Str. 11. Eben dorthin sind auch Anmeldungen und Beiträge nach freiem Ermessen (mindestens 1 Mk.) zu senden.

Das Todesurteil an Levinè vollstreckt.

München, 5. Juni. Levinè ist in Vollstreckung des standgerichtlichen Urteils heute vormittag zwischen 11 und 12 Uhr im Gefängnis in Stadelheim erschossen worden.

Zur standrechtlichen Erschießung Levinès heißt es im „Vorwärts": Möge das Blut Levinès das letzte sein, das im deutschen Bürgerkrieg vergossen worden ist. Von Regierungen, in denen Sozialdemokraten sitzen, wünschen wir, daß sie unserm Volke den Weg zu einer höheren Menschlichkeit weisen sollen.

Einen Sturm der Entrüstung hat das Todesurteil gegen den politischen Verbrecher Levinè unter der Arbeiterschaft ausgelöst. Und mit Recht; vor allem, wenn man das Urteil gegen die Liebknecht- und Luxemburg-Mörder dagegen hält. Eine Flut von Protesten gegen das Todesurteil ist bereits in die Oeffentlichkeit gedrungen. Die Münchener Post schreibt zu dem Urteil:

„Wer die Verhandlung gegen Levinè-Nissen gewissenhaft verfolgt hat, wird kaum den Eindruck gewonnen haben, daß es dem Staatsanwalt oder dem Richter gelungen sei, Levinè, dessen Schuld wir nicht verkleinern wollen, eines Verbrechens aus ehrloser Gesinnung zu überführen, für das die Todesstrafe mit gutem Gewissen ausgesprochen werden könne. Wir sind der Meinung, daß mildernde Umstände, die das Gericht abspricht, die Vollstreckung dieses Urteils verhindern müssen. Wir erwarten von der Regierung, daß sie die Vollstreckung des Urteils hintanhält."

Ein Skandal nach dem andern.

Wieder ein Mörder-Offizier geflohen.

Berlin, 4 Juni Zu der Flucht des Oberleutnants Marloh erfahren wir von zuständiger Stelle: Nachdem die Untersuchung gegen den genannten Offizier wegen der Matrosenerschießung in der Französischen Straße im wesentlichen abgeschlossen war, sollte am 1 Juni seine Verhaftung wegen Totschlages erfolgen. Der mit der Verhaftung beauftragte Kriegsgerichtsrat traf ihn in seiner Wohnung nicht an. Marloh ist wahrscheinlich mittags durch einen Offizier aus seiner Wohnung abgeholt worden. Die sofort im Laufe des Nachmittags angestellten Ermittelungen blieben erfolglos. Es sind unverzüglich alle Maßnahmen zur Ergreifung Marlohs getroffen worden, insbesondere sind die Grenzüberwachungsstellen und die in Frage kommenden Polizeibehörden telegraphisch benachrichtigt. Die zuständigen Stellen werden alles tun, um sowohl des Marloh wieder habhaft zu werden, als auch etwaige Anstifter zur Flucht mit der vollen Schärfe des Gesetzes zu treffen.

Damit man ihn „erwischen" soll, hat das Gericht der Garde-Kavallerie-Schützendivision eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt.

Oberleutnant Marloh ist der Mann, der in den Märztagen 32 völlig unbeteiligte Angehörige der Volksmarinedivision festnehmen und hat erschießen lassen, als diese nichtsahnend nach dem Bureau der Division in der Französischen Straße kamen, um sich ihr Geld auszahlen zu lassen. Monatelang ist er frei in Berlin herumgegangen und jetzt, wo man ihn verhaften will, ist er plötzlich fort. Das heißt, daß ihm der Erlaß des Haftbefehls vorher von irgendeiner Seite wohlwollend mitgeteilt worden ist. Und volle vier Tage nach seiner Flucht wird die Bekanntmachung mit den 3000 Mark erlassen. Eine erneute freche Herausforderung und Verhöhnung des öffentlichen Rechtsempfindens.

Wir machen nicht die Regierung dafür verantwortlich, wenn irgendwo in der Hitze des Gefechts Mißgriffe einzelner geschehen. Wenn aber wochen- und monatelang nachher es möglich ist, daß eine kleine Verbrecherklique mit Gemütsruhe der Justiz ein Schnippchen nach dem anderen schlägt, dann rufen wir ihr warnend zu: Eine Regierung, die hier nicht mit eiserner Faust zupackt und das ganze Nest aushebt, die derartiges ungesühnt geschehen läßt, muß ihr Ansehen verlieren! — Wir fordern die Regierung zu schleunigem Handeln auf, ehe es zu spät ist.

Der Streik in der bayerischen Metallindustrie.

München, 4. Juni. Die Bewegung in der bayrischen Metallindustrie scheint in der Tat das ganze Land zu ergreifen. Nach einer heutigen Proklamation der Tarifkommission wird der Streik für alle Betriebe Bayerns gefordert. In Nürnberg haben, wie schon berichtet, nun auch die Arbeiter der Herkuleswerke zugunsten der streikenden technischen und kaufmännischen Angestellten die Arbeit niedergelegt. Auf dem dortigen Demobilmachungskamte finden zurzeit Verhandlungen zwischen den Metallindustriellen und den Metallarbeiterverbänden statt.

Dem Ende der russischen Bolschewistenherrschaft zu.

Amsterdam, 5. Juni. (WTB.) Die Times melden aus Helsingfors, daß ein allgemeiner Streik in den russischen Munitionsfabriken das Ende der bolschewistischen Herrschaft ein-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190606-12/fragment/page=0002

zettel. Die Putilowwerke und andere große Fabriken sind von starken Abteilungen der Roten Garde, darunter Chinesen, umzingelt, die am Freitag und Sonnabend auf die ausständigen Arbeiter mit Maschinengewehren feuerten. Zahlreiche Aemter sind ohne Personal, da die Beamten geflüchtet sind. In mehreren öffentlichen Betrieben haben die Arbeiter eine Garde aufgestellt, um zu verhindern, daß die Bolschewisten beim Räumen der Stadt die Maschinen zerstören.

Amsterdam, 5. Juni. Telegraaf meldet aus Brüssel, daß Präsident Wilson nächsten Dienstag in Brüssel ankommen wird. Am Mittwoch werde er von der Kammer und dem Senat empfangen werden und bei dieser Gelegenheit eine große Rede halten.

Brüssel, 5. Juni. (Havas.) Der Soir teilt mit, daß ein großes Munitionsdepot bei Kortemarck in die Luft geflogen ist. Mehrere Personen sollen getötet und verwundet sein.

Wilkosbare (Pennsylvanien), 5 Juni. (Reuter.) In einem Tunnel wurde durch die Explosion einer Pulverladung, die sich in einer an einem Arbeitszug angehängten Lowry befand, 75 bis 100 Bergarbeiter getötet und 40 verwundet.

Belagerungszustand in Düsseldorf. Wegen der Vorgänge in den vergangenen Wochen wurde gestern in Düsseldorf der Belagerungszustand verkündet. In Düsseldorf ist alles ruhig; es wird nicht gestreikt.

Gegen die deutsche Politik in Lettland. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat dem Beschluß des Parteivorstandes zugestimmt, wonach die Zurückziehung der deutschen Truppen aus Lettland, die Abberufung des General Goltz und die Enthaftung der Mitglieder der lettischen Regierung verlangt wird.

Räterepublik in der Slowakei? Die „Augsburger Abendzeitung" enthält ein Privattelegramm aus Wien, wonach in der Slowakei die Räterepublik ausgerufen sein soll.

Preußische Landesversammlung.

30. Sitzung, Mittwoch, den 4. Juni 1919, mittags 12 Uhr. Die Gesetzentwürfe über Erweiterung der Befugnisse des westpreußischen Provinzialausschusses, ferner über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens und über das Wohlfahrtsministerium werden in dritter Lesung ohne Aussprache angenommen.

Es folgt die zweite Beratung über die **Gemeindeeinkommenbesteuerung** im Rechnungsjahr 1919.

Abg. Haas (Soz.) als Berichterstatter: Zwischen der Regierung und dem Gemeindeausschuß ist ein Kompromiß zustande gekommen. Danach soll das steuerfreie Einkommen 1500 Mark betragen. Von da bis zu 3900 Mark tritt eine Staffelung der Steuerermäßigungen in der Art der Regierungsvorlage ein. Bis 6500 Mark sind die Normalsteuersätze zu erheben und von da ab wird der Ausfall gemäß dem Staffelungsgesetz von 1916 wieder eingebracht.

Abg. Dr. Auer (Dem.) Wir werden dem Gesetz zustimmen, obwohl ihm alle Mängel eines Notgesetzes anhaften. Abg. Stieler (Ztr.): Die Reform des Kommunalabgabengesetzes ist sehr dringlich. Das Gesetz ist aus dem Ausschuß in verbesserter Form hervorgegangen, meine Freunde stimmen ihm zu. Abg. Fuchs (Dtsch.-Natl.) erklärt sich ebenfalls für den Ausschußentwurf. Abg. Stöcker (U. Soz.) erregt stürmischen Widerspruch des Hauses mit der Behauptung, daß man es immer noch auf Schonung der Besitzenden abgesehen habe, während die Arbeiter nahezu leer ausgingen. Die Erhöhung der freien Einkommen genügt den Unabhängigen nicht. Wir fordern allermindestens Steuerfreiheit bis 3000 Mark.

Finanzminister Dr. Südekum: Der Abg. Stöcker würde seine unabhängige Agitationsrede aufgehalten haben, wenn ich seinen eigenen Antrag als Regierungsvorlage eingebracht hätte. (Große Heiterkeit und Zustimmung.) Unsere Finanzlage ist so, daß es eine Frivolität wäre, wenn ich, wie das durch die Unabhängigen geschieht, dem Volke Sand in die Augen streuen würde. Ich verschmähe eine Politik der Popularitätshascherei wie sie von den Unabhängigen betrieben wird. Ich würde es für eine Ehrlosigkeit halten, so zu handeln und ich habe den Mut, mich unpopulär zu machen und die Wahrheit zu sagen. (Lebhafter Beifall.) Zur Entlastung der Arbeiterschaft müssen wir aber für billigere Lebensmittel und billigere Wohnungen sorgen. Einen Sprung ins Dunkle und ins Chaos aber, wie die Unabhängigen wollen, dürfen wir nicht mitmachen. (Stürmische Zustimmung.)

Nach weiterer unerheblicher Aussprache wird die Vorlage unter Ablehnung der unabhängigen Abänderungsvorschläge in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen.

Danach wird ein sozialdemokratischer Antrag, der die Anwendung des geheimen Wahlrechts in Schleswig-Holstein bis zur Regelung des Gemeindewahlrechts für Wahlen zu den Magistraten fordert nach kurzer Begründung durch den Abg. Richter (Soz.) dem Gemeindeausschuß überwiesen.

Es folgt die Beratung der sozialdemokratischen förmlichen Anfrage über die Beschäftigung und Ansiedelung der Kriegsbeschädigten. Abg. Woldt (Soz.): Die Arbeitsnachweise müssen als paritätische Fachausweise ausgestaltet werden und die Kriegsverletzten in der Nachweisorganisation vertreten sein. Die schematische Regelung der Kriegsbeschädigtenbeschäftigung ist nicht ausreichend. Die Unterbringung muß systematisch den Arbeitsnachweisen angegliedert werden, die als Sortierapparate wirken können. Aus den Reihen der Kriegsbeschädigten kommen namentlich Beschwerden über die langsame Bautätigkeit. Das muß schleunigst abgestellt werden.

Abg. Schülling (Ztr) fordert, daß Reich, Staat und Gemeinden ihre Betriebe für die Kriegsbeschädigten weit öffnen. Die Privatindustrie ist außerstande, die ungeheure Zahl von Beschädigten unterzubringen. Abg. Werner (Dtsch.Natl.): Bei der Regelung der Siedelungsfrage müssen die Kriegsbeschädigten bevorzugt werden. Abg. Dr. Rasch (Dtsch. Vp.): Beschädigte, die ihre volle Arbeitskraft nicht wieder erreichen können, werden in der Landwirtschaft die Möglichkeit zur vorteilhaftesten Ausnutzung ihrer Arbeitskraft finden und sind möglichst rasch anzusiedeln. Abg Mehrhof (U. Soz.): Das Unternehmertum entzieht sich den Verpflichtungen gegenüber den Kriegsbeschädigten auf alle denkbare Weise.

Nach Besprechung einer sozialdemokratischen Anfrage über Fürsorge für die kriegsbeschädigten Geisteskranken vertagt sich das Haus auf Dienstag, den 17 Juni, 1 Uhr, Schluß 5½ Uhr.

Ledebour-Prozeß.

Der Graf Westarp wird wieder verhört. Auf Antrag der Verteidigung werden einige Zeugen vernommen, die bekunden sollen, daß in seiner Gegenwart Gefangene, die der Besatzung des Vorwärts angehörten, mißhandelt worden sind. Besonders ist es der Zeuge Braß. An einer Stelle der Verhandlung, als der edle Graf glatt ableugnet, was der Zeuge aussagt, springt ihm der entgegen und schreit ihm ein „Sie Lügner!" ins Gesicht, was einen starken Eindruck auf die Zuhörer macht. Westarp werden wieder unglaubliche Roheiten nachgesagt. Er bestreitet alles. Jeder Zeuge lügt bei ihm. Einmal nimmt Ledebour eine Zeugin in Schutz. Graf Westarp habe von beeidbaren Zeugen gesprochen, diese in Gegensatz zur Zeugin Steinbring gestellt und sie dadurch beleidigt. Er, Ledebour, erwarte von der Loyalität des Vorsitzenden, daß er die Aeußerung des Grafen Westarp rüge. Der Vorsitzende sagt darauf, er habe keinen Anlaß dies zu tun. Die Verteidigung tut alles, um die Glaubwürdigkeit Westarps anzufechten. Wie wenig man den Westarp dementierenden Zeugen, als ebenfalls des Aufruhrs Angeklagten Glauben schenken mag, der würdige Graf hat nachgerade soviel Bloßstellungen erfahren, daß man sich wundern muß, daß der ganze Prozeß auf solchen Aussagen fußend überhaupt noch fortgeführt wird. Irgend etwas Wesentliches brachten sonst auch die letzten Tage nicht.

Aus der Provinz.

Delitzsch. Räucherwarenverkauf. Sonnabend, den 7. Juni, auf Abschnitt 146 je ¼ Pfund Schellfisch für 50 Pf. oder ¼ Pfund Rochenfleisch für 70 Pf. für die Nr. 1376—2870 in den bekannten Verkaufsstellen.

Naumburg. Versammlung. Zu der am 2. Juni stattgefundenen Versammlung hielt Genosse Drescher-Halle einen Vortrag über „Die Aufgaben des Parteitages und was erwarten wir von ihm" Nachdem er in seinem gut durchdachten Vortrag die einzelnen Haupt-Tagesordnungspunkte gestreift hatte, wobei er besonders zu Punkt 7 „Rätesystem und Reichsverfassung" längere Ausführungen machte und seine persönliche Meinung zum Räte-System zum Besten gab, kam er zu folgender Schlußfolgerung: Die Tagesordnung des Parteitages zeigt deutlich, daß die Partei gerade zu den schwierigsten Problemen und zu den Hauptfragen der Gegenwart Stellung nehmen wird und es ist zu hoffen, daß das Ergebnis der Debatten eine Klärung in den strittigen [illegible] lehren. In der Aussprache traten keine schwerwiegenden Gegensätze zu Dreschers Ausführungen zutage. Es wurde unter anderem der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Parteitag bei der Besprechung über die Reichswehr zu einem befriedigenden Ergebnis gelangen möge, damit wir von dem Militarismus, wie er jetzt besteht, befreit werden. Ferner wurde gewünscht, daß bei der Neugestaltung unserer Organisation besondere Aufmerksamkeit den Kreisen geschenkt wird, die sich in besonders schwieriger Situation befinden wie dies zum Beispiel hier in Naumburg der Fall sei Ein anderer Redner sprach zum Punkt Presse und führte aus, daß bei jeder passenden Gelegenheit und mit allen Mitteln sozialistische Propaganda gemacht und auch in den kleinsten Orten unserer Presse Geltung verschafft werden müsse. Nachdem einzelne interne Angelegenheiten erledigt sind, schließt Genosse Winkler die Versammlung mit dem Hinweis, von dem Gehörten Gebrauch zu machen, damit es weiterhin vorwärts gehe.

Eisleben. Aus dem Stadtparlament. Zu einer Dauersitzung versammelten sich unsere Stadtverordneten am 30. Mai, um in über siebenstündiger Arbeit die inhaltreiche Tagesordnung zu erledigen. Den Wahlen zu den einzelnen Kommissionen usw. folgte die Erledigung der übrigen zahlreichen Punkte. Der Entlastung der Schlachthofrechnung für 1916/17 konnte wieder noch nicht stattgegeben werden, da der in Frage kommende Referent sich noch nicht durchgearbeitet, um in befriedigender Weise der Versammlung Aufklärung über den Verbleib von 5½ Schweinen, welche Angelegenheit in voriger Sitzung lebhafte Debatte erregt hatte, geben zu können. Dieser Umstand der Verzögerung erregte das Befremden der Versammlung, was auch in lebhaftester Weise zum Ausdruck kam. Einer Magistratsvorlage für die Notwohnungen in den Baracken infolge zu großer Unkosten zu unterbleibenden Einbauens der Licht- und Wassermesser einen jährlichen Pauschalsatz (für Licht 24 Mk., für Wasser 6 Mk.) festzusetzen, wurde zugestimmt Besonders lebhaft wurde die Diskussion bei der Erörterung der Magistratsvorlage, für Reparaturen an den Kesselanlagen des städtischen Krankenhauses die erheblichen Mittel zu bewilligen. Entgegen aller parlamentarischen Form kam der Magistrat ohne Befragen des Finanz- und Bauausschusses mit dieser Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung. Nachdem sich verschiedene Redner in mehr oder weniger scharfer Weise dagegen wandten (unser Genosse Strauß warf dem Magistrat in recht scharfen Worten mangelndes Empfinden gegenüber den Erscheinungen der neuen Zeit vor), verwies die Versammlung die Vorlage an den Finanzausschuß. Ein Antrag Pustelny (U. S) betr. unentgeltliche Lieferung der Lern- und Zeichenutensilien für Kinder der Volksschulen wurde, da seine Auswirkungen in finanzieller Beziehung doch recht erheblich sind, dem Finanzausschuß überwiesen. Ein weiterer Antrag desselben Antragstellers, in gleicher Weise unter Hinzuliefern der Lehrbücher die Kinder von Kriegerwitwen und Kriegsbeschädigten zu beliefern, fand Annahme Eine Anfrage beschäftigte sich mit der Belieferung der arbeitenden Bevölkerung mit Hausbrandkohlen. Hier setzte eine ausgedehnte Diskussion ein, die in ihrer Tendenz dahin ging, die Bevorzugung der Bessersituierten bei der Kohlenbelieferung aufzuheben. Zwei Anträge unseres Genossen Strauß beschäftigten sich mit der Erweiterung des Mieterschutzes sowie Verpachtung des städtischen Obstes. Dem ersteren wurde zugestimmt. Die Verpachtung des Obstes wird in städtische Regie genommen. Endgültig über die Einzelheiten zu beschließen wird einer Kommission überlassen. Eine Anfrage Glaubrecht (U. S.) beschäftigte sich mit Maßnahmen gegen Tuberkulose, gegen Epidemien und betr. Verlegung der Schulzeit Der Magistrat beantwortete die Anfrage, die Schulzeit bleibt wie bisher, 7—12 Uhr. Im Verlaufe der Debatte versuchte ein Vertreter des Bürgertums die Politik als solche in die Debatte zu ziehen, was seitens des Vorstehers zurückgewiesen wurde. Immerhin zeigte der Verlauf der Diskussionen im allgemeinen, daß beide Weltanschauungen versuchen, sich langsam, wenn auch noch unmerklich, am Maßstab der politischen Fähigkeiten zu messen. Ein Umstand, der von uns lebhaft begrüßt werden dürfte. — In der geschlossenen Sitzung kam es u. a. zur Wahl sechs unbesoldeter Stadträte. Die bisherigen vier hatten ihre Aemter zur Verfügung gestellt, der neuen Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung entsprechend war nunmehr die Zahl auf sechs erhöht. Die Wahl ergab die Wiederwahl von den bisherigen drei bürgerlichen Stadträten Beinert, Bindseil und Weitzel sowie die Neuwahl von drei sozialistischen und zwar Hupfeld (M.-S.) und Dittmar und Schiering (U. S.). Damit hatte die Dauersitzung ihr Ende erreicht.

Torgau. Unsere Monatsversammlung fand am 2. Juni im Vereinslokal statt. Gegenstand derselben war die Landratswahl. Nach dem Ableben des Landrats ist die Stelle zu besetzen, und es sind für diesen Posten drei Kandidaten aufgestellt, und zwar haben die Deutschnationalen den Herrn Gerike aufgestellt, einen richtigen Krautjunker. Die Demokraten den Staatsanwalt Dr. Elling, und die Unabhängigen den Kreissekretär Nißmann. Unsere Partei hat sich an die Regierung gewandt zwecks Stellung eines Landrats. Die Regierung hat darauf folgendes geantwortet: Wenn von den drei Kandidaten keiner mit überwiegender Majorität hervorgeht, setzt sie uns einen anderen her. Weiter wurde ein Antrag des Gen. Hahn zwecks Bildung eines Aktionsausschusses, der die wichtigsten Fragen beider sozialistischen Parteien gemeinsam bearbeitet, einstimmig angenommen. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde ein Antrag beider sozialistischer Fraktionen gestellt, der die sofortige Mandatsniederlegung sämtlicher Magistratsmitglieder fordert. Diesem Antrag ist entsprochen. Der hochwohllöbliche Magistrat von Torgau hat der Stadtverordnetenversammlung seine Aemter zur Verfügung gestellt. Auch bei uns dämmert's.

Aus dem Reiche.

Berlin. In Deutschland wurden gemeldet vom 15. bis 21. Mai 125 Erkrankungen und elf Todesfälle an Fleckfieber, davon zwei Erkrankungen und ein Todesfall in Berlin, und 108 Erkrankungen mit fünf Todesfällen an Pocken, davon eine Erkrankung in Berlin, und vom 22. bis 28. Mai 141 Erkrankungen mit zehn Todesfällen an Fleckfieber, darunter eine Erkrankung in Berlin, und 114 Erkrankungen mit fünfzehn Todesfällen an Pocken, davon eine Erkrankung in Berlin.

Hamburg, 4 Juni. Hier wurde eine aus acht Personen bestehende Bande festgenommen, die falsche 50-Mark-Scheine der Oktoberausgabe 1918 in Lübeck und Hamburg in Verkehr brachte. Die Scheine sind in Kiel angefertigt. Die Bande brachte im ganzen 337 Stück in Umlauf und stellte insgesamt für 30 000 Mark Scheine her.

Königstein (Taunus), 4. Juni. Auf der Bergfahrt geriet das den Verkehr mit dem Feldberg vermittelnde Personenauto infolge übermäßiger Belastung — im Wagen befanden sich statt 16 35 Personen — ins Rutschen und rollte mit zunehmender Schnelligkeit zurück. Die Reisenden, deren sich eine furchtbare Panik bemächtigte, sprangen größtenteils vom Wagen ab. Zwei Frauen wurden überfahren und getötet. Drei Männer wurden lebensgefährlich, zahlreiche andere mehr oder minder schwer verletzt.

Literatur.

Die Berliner Putsche. Unter diesem Titel sind die Beratungen der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung über den Antrag Hoffmann auf Aufhebung des Standrechts und Belagerungszustandes im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin als Buch (186 Seiten) erschienen. Als Anhang ist die Erklärung des Ministerpräsidenten Paul Hirsch über das Programm der preußischen Regierung (25. März) abgedruckt. Preis 3 Mark.

Die Geschichte zweier Städte.

(60) Roman von Charles Dickens.

„Mir nach, Weiber!" rief Madame, seine Frau. „Was? Wir können so gut totschlagen wie die Männer, wenn der Platz einmal genommen ist." Und um sie scharten sich mit schrillem blutdürstigem Geschrei Haufen von Frauen, verschiedenartig bewaffnet, aber alle gleichbewaffnet mit Hunger und Rachedurst.

Kanonen, Flinten, Feuer und Rauch; aber immer noch der tiefe Graben, die letzte Zugbrücke, die festen steinernen Mauern und die acht großen Türme. Leichte Störungen in dem wütenden Meer entstanden durch die hinstürzenden Verwundeten. Blinkende Waffen, lodernde Fackeln, qualmende Wagenladungen, feuchtes Stroh, harte Arbeit an Barrikaden in allen Richtungen, Geheul, Gewehrsalven, Verwünschungen, Tapferkeit ohne Ende, Kanonendonner und Flintengeknatter und das wütende Toben des lebendigen Meeres; aber immer noch der tiefe Graben und die letzte Zugbrücke, die festen steinernen Mauern und die acht Türme, und immer noch Defarge aus dem Weinschank, an seiner Kanone stehend, die durch den Dienst von vier heißen Stunden doppelt heiß geworden ist.

Eine weiße Fahne auf der Festung und eine Verhandlung — das läßt sich undeutlich erkennen durch den wütenden Sturm, der nichts hörbar werden läßt — und plötzlich steigt das Meer höher und höher und spült Defarge aus dem Weinschrank über die heruntergelassene Zugbrücke an den festen steinernen Außenmauern vorbei und mitten unter die acht großen Türme, die sich ergeben haben.

So unwiderstehlich war die Gewalt des ihn vorwärtstragenden Ozeans, daß er ebensowenig Atem schöpfen oder den Kopf umdrehen konnte, als ob er in der Brandung des Südmeeres gekämpft hätte, bis er in dem vorderen Hofe der Bastille wieder festen Fuß faßt. Hier erkämpft er seinen Platz an einer Mauerecke und schaut um sich. Jacques drei stand fast unmittelbar neben ihm; Madame Defarge, immer noch an der Spitze einiger ihrer Frauen, war weiter voraus sichtbar, das Messer in der Hand. Ueberall Tumult, Jauchzen, betäubende und wahnwitzige Verwirrung, rasendes Toben und doch eine wütende stumme Pantomime.

„Die Gefangenen!"

„Die Akten!"

„Die geheimen Kerker!"

„Die Marterwerkzeuge!"

„Die Gefangenen!"

Von allen diesen Rufen und tausend unzusammenhängenden anderen hörte man: „Die Gefangenen!" — am häufigsten und deutlichsten heraus aus dem Meere, das hereintoste, als gäbe es eine Ewigkeit von Menschen ebensogut wie von Zeit und Raum. Als die vordersten Wogen vorüberschossen und die Gefangenwärter mit fortrissen und sie alle mit augenblicklichem Tode drohten, wenn nur ein einziger geheimster Winkel unaufgeschlossen bliebe, legte Defarge seine starke Hand auf die Brust eines dieser Männer — eines Mannes mit einem grauen Kopf, der eine brennende Fackel in der Hand hatte — sonderte ihn von den übrigen und brachte ihn zwischen sich und die Mauer.

„Zeigt mir den Nordturm!" sagte Defarge. „Rasch!"

„Ich will euch getreulich hinführen", entgegnete der Mann. „Aber es ist niemand dort."

„Was heißt Einhundertundfünf, Nordturm?" frage Defarge. „Rasch!"

„Was es heißt, Monsieur?"

„Ist damit ein Gefangener bezeichnet oder ein Kerker? Oder wollt ihr, daß ich euch totschlage?"

„Schlagt ihn tot!" krächzte Jacques drei, der dicht herangetreten war.

„Monsieur! Es ist ein Gefängnis."

„Führt mich hin!"

„So kommen Sie diesen Weg."

Jacques drei, mit dem gewöhnlichen gierigen Ausdruck um Mund und Augen und offenbar darüber getäuscht, daß das Zwiegespräch eine Wendung nahm, die kein Blut versprach, hielt Defarges Arm gepackt, wie dieser den Arm des Gefangenwärters gepackt hielt. Sie hatten während des Gesprächs ihre drei Köpfe zusammengesteckt, und selbst so konnten sie kaum einander verstehen — so fürchterlich war das Toben des lebendigen Meeres, wie es in die Festung eingebrochen war und die Höfe, Gänge und Treppen überschwemmt hatte. Auch draußen rings herum schlug es an die Mauern mit dumpfem Donner, aus dem gelegentlich ein paar vereinzelte Jubelrufe hervorbrachen und wie Wellenstaub in die Luft flogen.

Durch düstere Gewölbe, wohin das Tageslicht nie gedrungen war, vorbei an unheimlichen Türen finsterer Löcher und Käfige, gruftartige Treppen hinab und steile beschwerliche Stiegen von Stein und Ziegeln wieder hinauf, die ausgetrockneten Wasserfällen ähnlicher waren als Treppen, gingen Defarge, der Gefangenwärter und Jacques drei festgeschlossen Arm in Arm mit aller möglichen Eile. Hie und da, vorzüglich zu Anfang, jagten einzelne Wogen der Ueberschwemmung an ihnen vorbei, aber als das Abwärtssteigen vorbei war und sie auf steinerner Wendeltreppe einen Turm hinaufklimmten, waren sie allein. Hier eingeschlossen von den dicken Mauern und Gewölben hörten sie von dem Sturm in der Festung draußen nur ein fernes gedämpftes Rauschen, als ob das Getöse, in dem sie sich eben noch befunden, fast ihren Gehörsinn vernichtet hätte.

Der Gefangenwärter machte an einer niedrigen Tür halt, steckte einen Schlüssel in ein klirrendes Schloß, öffnete die Tür langsam und sagte, als sie sich alle bückten und hereintraten:

„Einhundertundfünf, Nordturm!"

Hoch oben in der Mauer befand sich eine kleine mit einem schweren Eisengitter verschlossene Oeffnung mit einem gemauerten Schirm davor, so daß man nur den Himmel erblicken konnte, wenn man sich tief bückte und dann hinaufsah. Ein kleines, nur wenige Fuß tiefes Kamin mit schweren eisernen Stäben davor, ein Haufen alter weißgrauer Holzasche auf dem Herde, ein Stuhl, ein Tisch und ein Strohlager, vier geschwärzte Wände und ein verrosteter Eisenring in einer derselben. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190606-12/fragment/page=0003

Pfingsten

wird viele Damen zum Einkauf eines

eleganten Hutes

veranlassen. Reichhaltige Auswahl zu **Fabrikpreisen** bei

Franz Zenk

Stroh- u. Filzhut-Fabrik
Hauptgeschäft Kl. Berlin 1-2
Zweiggeschäfte: Leipzigerstr. Gr. Steinstr 33 — Geistr. 15
Merseburgerstr. 161.

Fernruf **U.T** 5738.

Alte Promenade 11a.

Ab heute täglich

Dida Ibsens Geschichte.

Ein Finale zum Tagebuch einer Verlorenen
mit

Anita Berber, Werner Krauss, Conrad Veidt.

Vorführung: 4.25 6.35 8.55

Fuhren aller Art
sowie kleine Möbelfuhren nimmt an und führt pünktlich aus
Paul Krüger,
Wittestraße 5. Telefon 5237

Walhalla-Operetten-Theater.

Anfang 8 Uhr:
Fritz Steidl-Gastspiel.

Die Hoch eit des Maharadscha.

Grosse Ausstattungsschau in 6 Bildern.
Musik
v. Viktor Holländer.
Am 1. u. 2. Pfingstfeiertag:
3 u. 7¼ **2 Vorstellungen 2.**
Nachmittags kleine Preise.
Kinder halbe Preise.
Kasse v. 10—1½ u. 4—6.

Fernruf 1224 **U.T** Fernruf 1224.

Leipziger Strasse 88.

Erstaufführung! Erstaufführung!

Bernd Aldor

in dem wechselvollen, ergreifenden Drama:

„Herr über Leben und Tod".

4 Abteilungen. Vorführung: 4.50, 7.00, 9.20. 4 Abteilungen.

Waldemar Psilander
in:
„Liebesspiel".

Eine heitere Geschichte in 3 Akten.
Vorführung: 4.00, 6.10, 8.20.
Beginn 4 Uhr.
Die Abend-Vorstellung beginnt 8.15 Uhr.

Sehr preiswertes Angebot!

Damen-Strümpfe

Damenstrümpfe schwarz, glatt . Paar 13.75	6.75
Damenstrümpfe schwarz, glatt u. durchbr. P.	16.75
Damenstrümpfe Flor, weiß, glatt . . Paar	17.25
Damenstrümpfe Flor, schwarz, glatt Paar	21.—
Damenstrümpfe Seide, schwarz u. weiss Paar	23.50

Damen-Handschuhe

Handschuhe m. 2 Druckkn., farbig u. weiss . . . Paar	1.75
Handschuhe halbl. schwarz u. farbig . . . . . Paar	1.75
Handschuhe mit 2 Druckknöpfen, durchbroch. Paar	2.75
Handschuhe durchbrochen Seide, schwarz u. farbig Paar	4.25
Handschuhe halblang, ohne Finger Paar 60 u.	45.—

Weisswaren

Blusenkragen aus Batist . . Mk. 2.75 2.—	1.75
Blusenkragen glatt und bestickt Mk. 8.— 5.50	4.65
Blusenkragen aus Seide mit farb. Kanten Mk. 19.— 14.75	9.75
Blusenkragen aus Kunstseide, gestreift Mk. 13.— 11.—	8.—
Jackenkragen aus Batist und Leinen Mk. 13.— 10.50	9.75
Jabots m. Kragen, aus Tüll u. Spitzen Mk. 15.— 11.—	9.50
Jabots m. Kragen i. feinst. Ausführung Mk. 26.—	22.—
Filetkragen in vielseitiger Auswahl Mk. 25.—	18.—
Matrosenkragen u. Garnituren Mk. 10.35	6.75 4.50
Kinderkragen und Garnituren . . Mk. 7.50	5.— 3.50

Straussfeder-Halsrüschen von Mk. 12.75 bis z. feinsten Art
Seidene Handtaschen in Beutelform u. mit Bügel v. Mk. 6.90 an
Perlbeutel . . . . . von Mk. 11.50 an
Lederhandtaschen in grosser Auswahl.

Halsketten, Broschen, Haarspangen, Seidenkämme
Seidenband, Blumen, Schleier, Spitzen
in reicher Auswahl und zu anerkannt billigen Preisen.

J. Lewin

Marktplatz 2 und 3.

Stadt-Theater

Sonnabend, den 7. Juni 1919,
Anfang 7½, Ende 10 Uhr:
Der Barbier von Sevilla.
Komische Oper v. Rossini.
Sonntag nachm.:
Johannisfeuer.
Sonntag abend:
Der Zigeunerbaron.
Montag nachm.:
Der Troubadour.
Montag abend:
Martha.

Thalia-Theater.

Gastspiel
des Stadttheater-Personals.
Sonntag, den 8. Juni 1919
(I. Pfingstfeiertag)
abends 7½ Uhr:
Nur ein Traum.
Lustspiel von Lothar Schmidt.
Montag, den 9. Juni 1919
(II. Pfingstfeiertag)
abends 7½ Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwank von Franz und Paul Schönthan.

Gasthof Roter Löwe, :: Weissenfels. ::

Während der Feiertage empfehle
Kaffee mit Kuchen,
sowie diverse Speisen u. ff. Sülze in bekannter Güte.
ff. Kulmbacher und Oettler-Biere.
Elvir Dunkler. 3814

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei solider Ausführung zu normalen Preisen
Karl Unger, Uhrmacher,
Kl. Klausstr. 18 (dicht a. Markt) und Gr. Steinstr. 85 (gegenüber Barfüßerstr.). 2096

Neu eingetroffen:

Handbuch der Dreherei

von Aug. Loß-Halle
80.—90. Tausend.
41.—45. Auflage.
Preis 9,35 Mark.
Zu haben in der
Buchhandlung der „Volksstimme".

Apollo-Theater

Operetten-Gastspiel des Kölner Metropoltheaters.
Täglich abends 8 Uhr:
„Wo die Lerche singt . . ."
Operette v. Franz Lehár.
An beiden Pfingstfeiertagen, abds. 8 Uhr:
„Wo die Lerche singt . ."
In Vorbereitung:
Die **Czardasfürstin.**
Vorverkauf 9—1 u. 5—7.

Hochfeine und einfache
Herrenzimmer
Altrenommierte Möbel-Fabrik
C. Hauptmann
Kleine Ulrichstrasse 36a und b.
Speisezimmer Schlafzimmer

Hippodrom Wintergarten.

Dir.: Georg Arndt.

Internationale

Ringkampf-Konkurrenz.

Heute abend 8½ Uhr:

2 gr. Entscheidungs-Kämpfe:

Buchheim gegen **v. d. Heydt.**
Metzner gegen **Axel Schmidt.**

Ferner wenn es die Zeit erlaubt:
Jos. Pfaff gegen **Axel Schmidt.**

Der Reitsport

findet täglich bei gutem Wetter ab 4 Uhr in dem schönen, schattigen Garten des Wintergartens statt.
Vorzügliches Pferdematerial.
3819 Gute Speisen und Getränke.

Soeben wieder eingetroffen:
Friedrich Engels
Die Entwicklung des Sozialismus
von der Utopie zur Wissenschaft.
Preis: brosch. Mk. 2.—
Buchhandlung der Volksstimme.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190606-12/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 126. — Halle, Freitag, den 6. Juni 1919. — 3. Jahrgang.

Der Parteivorstand an den Parteitag.

Noch inmitten der unglückseligen Kriegswirren tagte der letzte Parteitag in Würzburg 1917. Von Friedenssehnsucht und Völkerverbrüderung durchweht waren seine Verhandlungen. Seitdem hat Deutschland in seiner inneren und äußeren politischen Gestaltung eine grundlegende Aenderung erfahren. Und der diesjährige Parteitag sieht unsere Partei in einer Entwicklungsphase, die in der Parteigeschichte nicht ihresgleichen findet. Durch den Krieg und die dadurch bedingten zahlreichen Einberufungen von Mitgliedern und Funktionären im Fortschreiten gehemmt, trat mit der Revolution eine geradezu sprunghafte Entwicklung in der Partei ein. Neue politische Fragen, Fragen der Taktik und Organisation tauchten auf. Berechtigt war das Verlangen der Parteigenossen, zu diesen neuen Fragen Stellung auf dem Parteitag zu nehmen und durch diese oberste Parteiinstanz bestimmte Richtlinien zu schaffen. Der Parteivorstand unterstützte dieses Verlangen nach einer baldigen Einberufung des Parteitages. Diese Zeit zu seiner Vorbereitung war aber eine verhältnismäßig kurze, unter der der Bericht des Vorstandes leiden mußte. Das kommt denn auch in dem nun vorliegenden Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zum Ausdruck. Die Berichtsbogen konnten von den Organisationen nicht alle rechtzeitig eingeschickt werden. Das Bild über den Umfang der Organisation, über die Zunahme der Mitglieder und der sozialdemokratischen Wählermassen, der gewaltig geleisteten Agitationsarbeit ist deshalb nicht vollständig. Vielleicht kann den Mitgliedern in einer tabellarischen Uebersicht eine Vervollständigung des Berichts bis zum Parteitag nachgereicht werden.

Der allgemeine Teil des Berichts erscheint wie eine kurzgedrängte Revolutionsgeschichte. Die Tätigkeit der Partei in der inneren Politik, ihr Bemühen, in Gemeinschaft mit den Unabhängigen dem deutschen Volke die Früchte der Revolution zu sichern und die neue Republik zu schützen, werden anschaulich skizziert. Auch der Frage der Einigung, die hüben und drüben in Kreisen der Parteigenossen großes Interesse hervorruft, ist eine kurze Betrachtung gewidmet. Aus ihr geht hervor, daß der Parteivorstand stets zu Beratungen darüber bereit und das zu diesem Zwecke auch unter anderen Besprechungen mit einer von den Berliner Metallarbeitern eingesetzten Einigungskommission stattfanden. Alle diese Bemühungen scheiterten jedoch an der grundsätzlich verschiedenen Auffassung über die Fragen der Demokratie, zu dem kommt noch, daß auf dem Parteitag der Unabhängigen eine der leitenden Persönlichkeiten, ohne Widerspruch zu finden, erklären konnte, daß die Parteileitung der U. S. P. die Einigung mit unserer Partei ablehne.

Als treuer Berater in so bewegter politischer Zeit stand dem Parteivorstand der Parteiausschuß zur Seite. Vor allen größeren politischen Aktionen trat er zusammen, um in Gemeinschaft mit dem Vorstand und der Fraktion die Richtlinien für die einzuschlagende Taktik zu bestimmen, auch, um über die Finanzen und die Organisationen zu beraten oder mit der Kontrollkommission die inneren Parteiangelegenheiten zu regeln.

Das Kapitel über die internationale Verständigung erweckt im Bericht besonderes Interesse. In ihm wird erneut bestätigt, wie unausgesetzt tätig der Vorstand war, um eine Verständigung in der Internationale und deren Wiederaufbau herbeizuführen. Zur letzten internationalen Konferenz in Amsterdam kamen unsere Vertreter wegen der Paßschwierigkeiten bekanntlich zu spät, um dort die Unmöglichkeit des uns jetzt zugemuteten Gewaltfriedens klar zu legen. Es kam zwar doch der Beschluß zustande, daß das permanente Komitee, das aus Branting, Henderson und Huysmans besteht, unter Zuziehung der Mitglieder des Aktionsausschusses mit dem Rat der Vier verhandeln sollte, damit der kommende Friede kein Machtfriede werde. Die nachgesuchte Audienz wurde aber vom Rat der Vier verweigert. Die Gefahr, daß mit der Aufzwingung des Gewaltfriedens nicht nur der Sozialismus in Deutschland sondern der Sozialismus aller Kulturländer getroffen würde, zwang geradezu zu einer Aktion der Internationale in diesem Sinne.

Den Aufschwung der Organisation lassen einige Stichproben erkennen. Im Bezirk westliches Westfalen stieg die Mitgliederzahl von 12 902 auf 52 611, in Pommern von 1256 auf 26 685, in Dresden von 12 037 auf 39 103, in Kassel von 1479 auf 15 020. Der schwierigste Bezirk Halle konnte seine Mitgliederzahl verzwölffachen. In Bezirken, in denen die Organisation fast völlig darniederlag, war wieder ein erfreuliches Aufleben zu verzeichnen. Erheblich an dieser Mitgliederzunahme beteiligt sind die weiblichen Mitglieder, die mit Erreichung der gleichen politischen Rechte nun auch regeren Anteil am politischen Leben und an der Parteibewegung nehmen. Diese natürliche Entwicklung der Frauenbewegung wurde durch eine rührige Agitation durch unser Frauenbureau tatkräftig unterstützt. Sie wird weiter wesentlich gefördert werden durch das ab 1. Juli achttägige Erscheinen der „Gleichheit", der zweimal im Monat eine illustrierte Zeitschrift „Die Frau und ihr Haus" beigelegt werden soll. Die Jugendbewegung litt gleichfalls unter den Begleiterscheinungen des Krieges und nicht zuletzt auch unter den Parteizerwürfnissen. Sie ist jetzt wieder im Aufblühen begriffen. Die Jugendzentrale wirkt wieder mit neuen Kräften für die Erziehung der proletarischen Jugend und für den Schutz der Jugendlichen. Der Jungvolk-Kalender fand wegen seiner vortrefflichen Ausstattung auch in diesem Jahre guten Absatz und die Arbeiterjugend nimmt an Abonnenten zu; ihre Auflage betrug am Schlusse des Berichtsjahres 45 000.

Mehr denn je ist die Bildungsarbeit in der Partei jetzt vonnöten. Für die großen Massen der neuaufgenommenen Mitglieder der Partei muß eine zielbewußte und planmäßige Bildungsarbeit einsetzen. Genosse Heinrich Schulz, der auf einen Beschluß des Parteiausschusses hin in den Parteivorstand entsandt wurde, leitet die kulturpolitischen Aufgaben der Partei; ihm sind die Jugendbewegung, die Bildungsarbeit und die von der Partei neu ins Leben gerufene Lehrerbewegung unterstellt. So wird auch hier bald wieder ein regeres Leben einsetzen, aus dem der Partei hoffentlich brauchbarer Nachwuchs erblüht.

Die Wahlen zur Nationalversammlung, zu den Landtagen und den Gemeinden lassen im Bericht besonders die Wirkungen des nun endlich erreichten allgemeinen freien Wahlrechts erkennen. Neben den großen Wählerziffern tritt die starke Zunahme unserer Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften besonders hervor. In der Nationalversammlung 165 Mandate in den Landtagen 173, vielleicht noch mehr, da genaue Angaben aus allen Bezirken noch nicht zu haben waren. Auch in den Gemeinden überwiegen die sozialdemokratischen Vertreter; im Bezirk Brandenburg allein in 102 Städten 978 sozialdemokratische Stadtverordnete und in 348 Gemeinden 1554 sozialdemokratische Vertreter.

Bei solcher Inanspruchnahme unserer Genossen in den Parlamenten, in führenden Aemtern und Verwaltungsstellen des Reiches, der Bundesstaaten und der Gemeinden, wird es erklärlich, wenn man die tüchtige agitatorische Kraft durch diese Tätigkeit sich nicht wie bisher so uneingeschränkt der Partei zur Verfügung stellen konnte. Dabei wurden an die Partei erhöhte Anforderungen gestellt. Neben der Wahlarbeit mußten Aufklärungsvorträge für die neugewonnenen Mitglieder gehalten werden. Auch Truppenformationen verlangten vielfach Redner um etwas über die Ziele und Aufgaben des Sozialismus zu hören. Die durch die plötzliche Demobilisierung zurückflutenden Heeresangehörigen verlangten nach Aufklärung über die politischen Zustände im Lande, über die Errungenschaften der Revolution. Durch in Massenauflage hergestellte Flugschriften wurde diesem Verlangen Rechnung getragen. Die nach der Revolution proklamierte absolute Versammlungsfreiheit erleichterte die Agitation ungemein, konnten auch im kleinsten Ort Versammlungen abgehalten werden, zumal die leidige Lokalfrage nun auch gelöst war.

Ueber die Parteipresse kann berichtet werden, daß die Hoffnung, alle Preßorgane der Partei zu behalten, sich zum Glück nicht als trügerisch erwiesen hat, trotz der ungeheuren Last, die die lange Kriegsdauer den Zeitungsunternehmern in jeder Beziehung auferlegt hatte. Die politischen Umwälzungen haben jedoch das Bedürfnis nach einer größeren Verbreitung der sozialdemokratischen Presse erhöht, so daß in Gegenden, in denen wir bisher wenig oder gar keine Leser hatten, heute vielfach eigene Parteiblätter bestehen. 24 neue Blätter sind ins Leben gerufen worden, in Apolda, Bamberg, Braunschweig, Delmenhorst, Hirschberg in Schlesien, Köngshütte, Kattowitz, Köslin, Konstanz, Landshut, Meiningen, Memel, Münster i. W., Neubrandenburg, Mecklenburg, Stendal, Thorn Tilsit, Wernigerode. Viele andere sind noch im Entstehen begriffen. Diesen erfreulichen Entwicklungen steht die ungeheuere Papierknappheit hindernd im Wege. Fortgesetzte Bemühungen des Parteivorstandes beim Reichswirtschaftsamt, hierin eine Aenderung herbeizuführen, waren bisher ergebnislos. Zu dem Papiermangel kommen andere wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Teuerung und die Knappheit aller Rohstoffe erschweren den Betrieb und treiben ständig zur Erhöhung der Abonnements- und Inseratenpreise. Der Bericht enthält leider keine Angaben über die Gesamtzahl der Abonnenten. — Der schwere Stand des „Vorwärts" tritt noch einmal im Bericht besonders hervor: Sein Kampf mit den Behörden vor der Revolution, in dem es bis zu Anklagen wegen Landesverrat gegen einige seiner Redakteure kam, die Abwehr des vielfach unehrlichen Angriffes der feindlichen Brüder, seitdem sie sich bis zur widerrechtlichen Besetzung des ganzen Vorwärtsgebäudes steigerten. Der Vorwärts hat sich unter der neuen Redaktion die Stellung als leitendes Zentralorgan der Partei wieder erworben, die ihm vordem verlorengegangen war — der Abonnentenstand der „Neuen Zeit" und der „Gleichheit" fiel während des Krieges sehr stark. Ebenso der des „Wahren Jakob". — Die Buchhandlung Vorwärts hat ebenso wie im Vorjahre eine größere Anzahl Neuerscheinungen herausgegeben. — Der Buchverlag J. H. W. Dietz, Stuttgart hat sich von allen Unternehmungen ferngehalten, die geeignet gewesen wären, Meinungsverschiedenheit innerhalb unserer Partei hervorzurufen. Die marxistische Literatur ist vom Verlage nach wie vor eifrig gepflegt worden.

Aus allen Teilen des Vorstandsberichtes an den Parteitag spricht die intensive Tätigkeit, die mit frischem Mute wieder aufgenommen wurde, leuchtete die Hoffnungsfreudigkeit auf eine bessere Zukunft für unser Volk und für unsere Partei. Die Schatten des völkerverheerenden und verhetzenden Krieges sind von uns genommen. Möge der den Fortschritt sozialistischen Gedankens lähmende Zwiespalt der Anschauungen der sozialdemokratischen Partei bald der besseren Erkenntnis weichen, daß Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse ihr auch in der Republik zur Erreichung ihrer Ziele zum Vorteil gereichen. In diesem Sinne begrüßen wir den Parteitag in Weimar!

Halle und Saalkreis.

Halle, 6. Juni 1919.

Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Halle-Saalkreis.

In einer gestern abend im „Nikolaus" abgehaltenen gutbesuchten Mitgliederversammlung beschäftigte sich der Parteiverein mit den Anträgen zum Parteitag. Unser Delegierter Genosse Pikard hielt ein einleitendes Referat und würdigte in rechter Weise die Unmasse von Material, die in den zahlreichen Anträgen vorhanden ist. Für einen wichtigen Antrag hielt er den von Frankfurt a. M., der auf die Tagesordnung des Parteitags „Die auswärtige Politik der deutschen Republik" gesetzt haben will. Dann wies er auf die elf Anträge hin, die die Einigung des Proletariats wollen und erkannte diesen Anträgen die ihnen zustehende Wichtigkeit zu; denn nichts sei im gegenwärtigen Augenblick vor allem nötiger als die Einigkeit der Arbeiter. Weiter wird der Parteitag schon durch die zahlreichen Anträge gezwungen werden, sich eingehend mit der künftigen Organisation und Agitation zu beschäftigen. Einem Antrage, bezahlte Parteiangestellte nicht als Mitglieder zum Parteiausschuß zuzulassen, stimmt der Redner zu, er will aber die Bezirkssekretäre zu den Parteiausschußsitzungen mit beratender Stimme zugelassen wissen. Auch dem Antrag Jena, daß Regierungsmitglieder nicht zugleich Parteivorstandsmitglieder sein können, hält er im Interesse der Partei für richtig. Ebenso muß auch mit den Doppelkandidaturen aufgeräumt werden. Besonders wichtig ist der Niederbarnimer Antrag, daß der Vorwärts in Zukunft wieder Organ des Reiches und der Berliner Arbeiterschaft sein soll. Schließlich ist auch den Anträgen gegen den Militarismus die nötige Beachtung zu schenken, wie überhaupt die Beschäftigung mit der Regierungspolitik und unsere Stellung dazu in Weimar einen breiten Raum einnehmen wird. Eine ungeheure Arbeit wird der Parteitag zu leisten haben und gerade die Fülle von Anträgen, in denen mancher gute Kern steckt, zeigt die geistige Regsamkeit in unserer Partei, die einen Ausgang aus den Erschwernissen der Zeit sucht und finden wird. Schließlich weist Pikard noch auf den „Deutschen Sozialistentag" zur Einigung in Berlin hin und schlägt vor, einen Delegierten nach dort zu senden. Vom Vorstand wird dann noch eine Resolution vorgeschlagen, die, nachdem man sich auch im Laufe der Debatte mit ihr eingehend beschäftigt und allgemein zugestimmt hat, einstimmig angenommen wird. Die Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und Saalkreis hat mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß unter Mithilfe amtlicher Militärpersonen der Oberleutnant Vogel aus dem Gefängnis entfliehen konnte. Die Versammlung verlangt, daß die Regierung die Untersuchung dieses skandalösen Vorfalls rücksichtslos und mit größter Beschleunigung durchführt. Die als schuldig festgestellten Offiziere und Beamten müssen sofort von ihren Posten entfernt und aufs strengste bestraft werden.

Der Sozialdemokratische Verein für Halle fordert ferner, daß gegen alle Uebergriffe und Verfehlungen militärischer Personen gegen die freiheitlichen Einrichtungen des Reiches aufs strengste vorgegangen wird. Es muß allen offenen und versteckten Versuchen, die gegenwärtigen militärischen Organisationen wie die Truppen in reaktionärem Sinne zu mißbrauchen, rücksichtslos entgegengetreten werden.

Die Versammlung erkennt an, daß durch die Schuld der Unabhängigen und Kommunisten die Regierung gezwungen wurde, sich zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutze der Volksmehrheit gegen die Gewaltakte terroristischer Minderheiten ausreichende militärische Machtmittel zu schaffen, verlangt aber um so nachdrücklicher, daß jedes provokatorische Auftreten des Militärs vermieden und Uebergriffe aufs strengste geahndet werden."

An Pikards Referat schloß sich eine ergiebige Aussprache. Genosse Herbst hält gleichfalls die Einigungsfrage für die wichtigste und fordert positive Arbeit in dieser Frage. Den Antrag Danzig will er auch auf den städtischen Grund und Boden ausgedehnt wissen, damit wirksam gegen die volksschädliche und unsittliche Bodenspekulation vorgegangen werden kann. Schließlich verlangt er, daß energisch aufgeräumt wird mit dem „Geheimrat", er begrüßt die in dieser Richtung liegenden Anträge und weiß auch, daß hier die Wurzel des Uebels für so viele Unverständlichkeiten liege. — Genosse Wagner steht den Einigungsbestrebungen gleichfalls sympathisch gegenüber, wünscht aber, daß nach Berlin die passende Persönlichkeit gesandt wird. Der gleichen Ansicht ist auch Genosse Vetter, der sich eingehend mit der Politik der Regierung beschäftigt und Kritik an den mancherlei greifbaren Schwächen übt. — Genosse Seydewitz weist auf zwei weitere wichtige Anträge hin, den einen von Jena, der die Vorbereitung eines Agrarprogrammes will, was uns gerade jetzt, wo Deutschland nach dem Niederbruch in andere Entwicklungsbahnen gedrängt wird, recht notwendig ist, vor allem darum, weil über die Lösung des Agrarproblems in unserer Partei noch keine Klarheit besteht. Ein weiterer wichtiger Antrag ist der, der eine Kommission eingesetzt wissen will, die unter Berücksichtigung der Neugestaltung Deutschlands eine Revision des Parteiprogramms vorbereiten soll. Auch dies ist ein dringendes Erfordernis. Die Jenaer Resolution betr. die Kriegskredite ist so töricht, daß man sie gar nicht anfassen kann. Wenn in dieser Sache das Recht oder Unrecht erörtert werden soll, dann muß man die Sache anders anfassen und mit anderen als naiven Voraussetzungen herangehen. Der Parteitag wird gewiß über diese Resolution einfach zur Tagesordnung übergehen. Einen breiten Raum wird auf dem Parteitag fernerhin die Sozialisierungsfrage und die Rätefrage einnehmen; ganz gewiß sind diese beiden Fragen, die im engen Zusammenhang miteinander stehen, von bedeutendem Einfluß auf unsere künftige Politik. Hier ist im vollen Bewußtsein zu prüfen, was von dem Brodeln und Gären der Jetztzeit neue Erkenntnis und was krankhaftes Wollen ist. Keinesfalls dürfen wir uns, die wir als Partei das Volk zu besserer Zukunft führen wollen, von Augenblicksstimmungen und Strömungen der Massen leiten lassen, ebenso verkehrt wäre es aber auch, konservativ dort stehen zu bleiben, wo wir einst der Weisheit letzten Schluß sahen. Der Regierungsentwurf über die Betriebsräte ist unbedingt abzulehnen, er nimmt den Arbeitnehmern noch von dem, was sie bereits besitzen. Die wichtigste Frage ist die Einigungsfrage schon um der Zwangslage willen, in der sich das Proletariat befindet. Mit platonischen Redensarten kommt man der Einigung aber nicht näher, sondern nur durch nüchterne Erkennung der wirklichen Sachlage und durch Taten. Ein großes Hindernis ist gegenwärtig die Ueberheblichkeit der Unabhängigen, die die Situation verkennen und des Glaubens sind, weil sie jetzt allen Wind in ihren Segeln haben, die Welt einreißen zu können. Aber wiederum wird ihre rückgratlose Politik zusammenbrechen, wenn der Wind anders geht und dann wird sich nichts anderes zeigen, wird nichts anderes das Ergebnis ihrer Politik sein, als daß sie in ihrer Verblendung Sabotage an den Arbeiterinteressen getrieben haben. Wollen wir uns einigen, müssen wir eine Basis schaffen, und die können wir nur schaffen, indem beide Seiten Konzessionen machen, in der Rätefrage einig werden. Da werden auch wir nur hinkommen, wenn wir manches über Bord geworfen haben und zu einer klaren, vorwärtsgerichteten Stellung gekommen sind. — Genosse Witzmann übte Kritik an den mancherlei Maßnahmen der Regierung und dem Verwaltungsapparat, der dringend einer Demokratisierung bedarf. Auch mit der Offizierswirtschaft muß endlich Schluß gemacht werden, solange uns nicht überall der Lufthauch einer neuen Zeit entgegenschlägt, müssen wir durch Kritik Besserung zu erreichen suchen. — Genosse Kleeis rückte gleichfalls die Agrarfrage in den Vordergrund und forderte, daß vom Parteitag hier ein Wegweiser, der dringend not ist, aufgerichtet wird. — Genosse Witters wandte sich auch dagegen, daß die Bezirkssekretäre mit beratender Stimme am Parteiausschuß teilnehmen sollen und kritisierte die mancherlei Maßnahmen der Regierung. — Genosse Thiele stellte fest, daß gewiß Kritik erforderlich sei, daß aber Kritik nur um der Kritik willen mehr schade wie nütze. Wir müssen uns immer vor Augen halten, daß wir keine unfruchtbare Oppositionspartei mehr sind, daß eine riesige Verantwortung auf unseren Schultern lastet und danach soll man auch das mancherlei Geschehene werten. Nie hat eine Regierung unter so schwierigen Verhältnissen gearbeitet wie die gegenwärtige, und das vor allem darf man niemals aus dem Auge verlieren. Der Redner läßt sich dann noch des längeren über die Aufgaben des Parteitags aus und wünscht von ihm, daß er unserer Partei das bringt, was von ihm erwartet wird. Nachdem sich noch Genosse Drescher in kurzen trefflichen Worten mit der Einigungsfrage beschäftigt hatte, mußte der vorgeschrittenen Zeit wegen ein Schlußantrag angenommen und die Debatte abgebrochen werden. Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Pikard, in dem er darauf hinwies, daß man bei aller Kritik an der Regierung bedenken müsse, wer die Schuldigen an den Mißständen, deren die Regierung so schwer Herr werden kann, sind. Es sind und bleiben auch vor der Geschichte die Unabhängigen und Spartakisten mit ihren Quertreibereien und ihrem Willen zur Gewaltpolitik.

Um eine umfassendere Agitation treiben zu können, wurde eine Agitationskommission eingesetzt, in die die Genossen Gebhardt, Herbst, Herzig, Knuth, Kohlmann, Frau Röpert und Studt gewählt wurden. Ferner sollen in der nächsten Zeit Bildungskurse abgehalten werden, in denen Herr Prof. Waentig und zwei weitere Gelehrte Vortragskurse abhalten. In eine Kommission, die die Angelegenheit regeln soll, wurden die Genossen Kochansky, Leicht, Schäfer, Seydewitz und Studt gewählt. Schließlich machte der Vorsitzende noch bekannt, daß es bei dem Beschluß der letzten Versammlung bleibt und daß Genosse Pikard sich weiterhin dazu bereit erklärt hat, als Sekretär unseres Vereins zu wirken.

Der Delegierte für den Deutschen Sozialistentag wird in der nächsten Mitgliederversammlung gewählt.

* **Die Bewegung der Angestellten in Halle.** Gestern nachmittag fanden mit der Handelskammer und den Arbeitnehmerorganisationen Vorbesprechungen statt, die schon darum zu keinem Ergebnis führten, weil keine autorisierte Arbeitgebervertretung da war und die Handelskammer nur als Vermittler gelten kann. Die Verhandlungen werden aber fortgesetzt. Von einem Ergebnis kann noch nicht gesprochen werden. — Der Magistrat hat sich bereit erklärt, mit den Magistrats-Bureauhilfsarbeitern in Verhandlungen einzutreten und ist zu erwarten, daß auch für diese Angestelltenschicht menschenwürdige Löhne herauskommen.

* **Der „Soziale Ausschuß"** beschäftigte sich mit der Anregung, die Auslandslebensmittel verschieden nach dem Einkommen der Käufer im Preise festzusetzen und etwaige Einnahmeausfälle durch Zuschüsse aus der Stadtkasse zu decken. Es wurden eine Reihe Vorschläge besprochen, doch zeigten sie sich alle kaum technisch durchführbar. Die Veranlagung zur Einkommensteuer auf das Jahr 1919 liegt noch nicht fertig vor, außerdem bietet sie kaum eine geeignete Unterlage, da sie sich auf die Einkommensverhältnisse des Jahres 1918 stützt, die großen Lohn- und Gehaltsverschiebungen aber erst Ende 1918 und Anfang 1919 eingetreten sind. Weiter müssen auch Familienverhältnisse, wie Kinderzahl usw berücksichtigt werden. Es wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, über einige Vorschläge Berechnungen anzustellen. — Eine Anzahl Gesuche städtischer Angestellter um Gehaltserhöhungen usw. wurden der Petitionskommission überwiesen, da der Soziale Ausschuß nur zur Erörterung allgemeiner oder grundsätzlicher Fragen zuständig sei.

Zur Anmeldung von Beerdigungen ist das Bureau VIII Gr. Berlin Nr. 11 am Montag, den 9. Juni (2. Pfingstfeiertag), vormittags von 9—10 Uhr geöffnet.

Rindfleisch beim Pferdehändler. Bei einem Pferdehändler in einer Gastwirtschaft in der Gr. Steinstraße wurden etwa 1½ Zentner Rindfleisch, eine Rinderhaut und eine Kanne voll Blut beschlagnahmt und sichergestellt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190606-12/fragment/page=0005

* **Internationale Ringkampf-Konkurrenz im Hippodrom (Wintergarten).** Mittwoch abend siegten Jos. Pfaff über Gemel, Urbansky über Jaenecke, während die beiden Kämpfe Buchheim gegen van der Heydt und Meyner gegen Axel Schmidt nach 30 Minuten als unentschieden abgebrochen werden mußten. Außer der großen „Kanone" Meyner haben sich noch zwei, dem Meyner ebenbürtige, wenn nicht überlegene Gegner gemeldet und zwar ein Pole namens Urbansky und Jos. Pfaff, Inhaber vieler Meisterschaften. Pfaff hat bekanntlich auf dem großen deutschen Turnfest in Leipzig im Jahre 1913 den ersten Preis erhalten. Die jetzt einsetzenden Finale-Kämpfe versprechen außerst spannend zu verlaufen.

* **Berichtigung.** In bezug auf meinen Artikel „Recht und Gesetz" in Nr. 124 der „Volkstimme" berichtigt mich Herr O. Bartels folgendermaßen: Nicht Herr Koenen sei der Urheber des Ausdruckes „Recht ist paragraphierte Macht", sondern Herr Rechtsanwalt Dr. Broh (Volksblatt Nr. 6 vom 8. 1. 19).

Trotzdem es eigentlich für die Tendenz des Artikels gleichgültig ist, von wem der Ausdruck stammt, gebe ich gerne dem Wunsche des Genossen Bartels Folge.

Aber, aber — es ist zu bedürchten, daß nun wieder jemand kommt und Herrn Bartels berichtigt. Ich erinnere mich dunkel, daß mal vor Jahren irgend ein Sozialist irgendwo folgendes gesagt hat: „Gesetze werden dazu gemacht, um die Macht in Paragraphen zu bringen und sie als Recht auszugeben." Wer hat nun das Wort? Dürrfeld.

Stadttheater: Heute, Freitag, abend 7½ Uhr wird Schillers „Wilhelm Tell" wiederholt. Sonnabend „Der Barbier von Sevilla". Sonntag (1. Pfingstfeiertag) nachm. 3½ Uhr Volksvorstellung „Johannisfeuer", abends 7½ Uhr „Der Zigeunerbaron". Operette von Joh. Strauß. Montag (2. Pfingstfeiertag) nachm. „Der Troubadour". Oper von Verdi; es wird besonders darauf hingewiesen, daß diese Vorstellung bereits um 3 Uhr beginnt. Abends 7½ Uhr „Martha" von Flotow.

Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag (1. Pfingstfeiertag) das Lustspiel „Nur ein Traum" von Lothar Schmidt zur Aufführung. Montag (2. Pfingstfeiertag) wird der Schwank „Der Raub der Sabinerinnen" von Franz und Paul Schönthan gegeben. Die Vorstellungen beginnen um 7½ Uhr.

* Der kolossale Erfolg, den die Sensation „Schmutziges Geld" erlebte, hat die Direktion der Kammer-Lichtspiele veranlaßt, den Film nochmals zu erwerben. Tausende, denen es nicht gelungen war, in der kurzen Spielzeit einen Platz zu erhalten, werden nun zu Pfingsten Gelegenheit haben, das Versäumte nachzuholen. Die Direktion bittet uns, unsere Leser auf den Vorverkauf, der jeden Morgen von 10—12 Uhr im Theaterbureau für alle Vorstellungen stattfindet, aufmerksam zu machen.

Der Sturm auf das Kirchtor.

* **Schwurgericht Halle.** Die drei letzten Verhandlungstage der außerordentlichen Schwurgerichtsperiode werden von einer Anklagesache ausgefüllt, die sich mit der gewaltsamen Oeffnung des Strafgefängnisses und der Befreiung der Gefangenen zu beschäftigen hat. Angeklagt waren: 1 der Maler Just, 2. der Arbeiter Kotsch, 3. der Dreher Müller, 4 der taubstumme Holzbildhauer Sander, 5. der Monteur Richter, sämtlich aus Halle, und 6 der Maler und Maurer Klaus aus Zeitz. Sämtliche Beschuldigten sind des schweren Aufruhrs und des Landfriedensbruchs angeklagt. Auch hier sind die eigentlichen Rädelsführer nicht vertreten, als solche wurden ein gewisser Schröder, der bei einem Fluchtversuch erschossen wurde und ein früherer Angehöriger des Sicherheitsregiments namens Dummer, der anscheinend das Weite gesucht hat, bezeichnet und auch während der Verhandlung festgestellt. Anscheinend ist die ganze Sache von einem Maurer angezettelt, der die unruhigen Vorkommnisse in der Nacht vom 2./3. März und die dadurch bewirkte allgemeine Aufregung benutzt hat, um seine Braut aus dem Gefängnis herauszuholen. Gegen 12 Uhr kam Dummer in angetrunkenem Zustand zu Just und sie gingen, wie Just behauptet, nach der Brunnenschule, um die Gewehre dort abzuliefern. Auf dem Wege dorthin trafen sie am Kirchtor den Schröder und Kotsch. Diese vier gingen nun an das Gefängnistor und erzwangen durch Drohung, es seien 200—300 Mann im Anmarsch, um das Gefängnis zu stürmen, Einlaß. Mit schußfertigem Gewehr verlangten sie die Oeffnung der Türen bezw. Herausgabe der Schlüssel, begaben sich nach der Militär-Abteilung und befreiten zuerst die Militärgefangenen. Inzwischen war der Direktor des Gefängnisses geweckt und auf der Bildfläche erschienen. Als er sich weigerte, die Gefangenen freizulassen, wurde er von Schröder mit der Faust auf den Kopf geschlagen und mit einer sogenannten Schleuderleule niedergeschlagen. Als der Direktor nach kurzer Zeit wieder aufstand, wurde er nochmals mit einem Gewehrkolben über den Kopf gehauen, daß er besinnungslos zusammenbrach, worauf ihn der Oberaufseher in die Wohnung brachte. Hier wurde er von seiner Tochter verbunden und schließlich ins Bett gebracht. Durch die befreiten Militärgefangenen verrückt, wurden nun die männlichen und weiblichen Insassen des Gefängnisses, auch die der Irren-Abteilung in Freiheit gesetzt. Während dieser Vorgänge waren die mitangeklagten Müller, Sander und Klaus von außen in das Gefängnis gekommen. Schröder und Dummer schlugen die Tür des Kassenzimmers ein, ließen den Geldschrank aufschließen und plünderten denselben aus, dann gingen sie nach der Frauen-Abteilung, ließen die Buchhalterei öffnen und öffneten durch Gewehrkolbe eine Kassette, in der sich Geld und die Wertsachen der inhaftierten Frauen befanden. Diese Wertsachen eignete sich Sander an, mußte sie aber zum größten Teil wieder herausgeben. Während dieser Vorgänge soll ziemlich heftig in dem Flur des Verwaltungsgebäudes geschossen worden sein, an der Schießerei soll sich Just stark beteiligt haben, während Kotsch im Flur als Posten aufgestellt wurde. Müller will bis 4 Uhr am Zigarrengeschäft Sanow Nachf. als Posten gestanden haben, was auch durch Zeugen bestätigt wird. Richter ist einer der befreiten Militärgefangenen gewesen, er soll an der Befreiung der Irren teilgenommen haben, indem er sich als Soldatenratsmitglied ausgab. Dies bestreitet er, Ober-Aufs. Wolf will ihn an Gestalt und Stimme wiedererkennen. Festgestellt ist, daß er am Eingang des Hauptgebäudes stand, als der Direktor im Inneren desselben niedergeschlagen wurde und daß er Personen, die geplündert hatten, das Gut mit Hilfe des Oberaufsehers Schulz wieder abnahm. Erschwerend für ihn ist der Umstand, daß er einem Beamten den Dienstrevolver abgenommen hat. Ueber die mehr als zweifelhafte Rolle, die der Spitzel Klaus, jetzt Angehöriger d. Garde-Kav.-Schützen-Division Berlin gespielt, werden wir morgen berichten. Die Verhandlung dauert noch an.

Gewerkschaftliches.

Eine Verbandstagung in Halle

hält der Zentralverband der Maschinisten und Heizer ab. Sie tagt im St Nikolaus und beginnt am Pfingstsonntag. Am Sonnabend abend findet zur Begrüßung der Delegierten ein Kommers im Volkspark statt. Auf der Tagesordnung der 13. Verbands-Generalversammlung stehen neben den Geschäftsberichten der Aenderung der Statuten und sonstiger Verbandsangelegenheiten eine Reihe anderer wichtiger Verhandlungsgegenstände: Die Reichstarifverträge und die Gewerkschaften, die staatliche Prüfung für Maschinisten und Heizer, die Uebernahme der Dampfkesselrevision durch Organe des Reiches und Anstellung von Assistenten aus Berufskreisen usw. Welch lebhaftes Interesse aus den Mitgliederkreisen der Tagung entgegengebracht wird, erhellt daraus, daß nicht weniger wie 153 Anträge bis jetzt zur Beratung eingegangen sind. Beispielsweise wird verlangt, daß der Zentralvorstand für die volle Herbeischaffung der in Kriegsanleihe angelegten Gelder verantwortlich gemacht werden soll, daß dem Verbandsvorstand für seine Politik in den letzten Jahren das Mißtrauen ausgesprochen werde, daß die Generalkommission der Gewerkschaften aufzufordern ist, einen allgemeinen Abbau der Krankenunterstützung in sämtlichen freien Gewerkschaften in die Wege zu leiten, daß der Verschmelzungsfrage mit dem Metallarbeiter-Verband nähergetreten werde, daß nunmehr auch weibliche Mitglieder in den Verband aufgenommen werden usw.

Einem umfangreichen gedruckten Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß der Verband bei Kriegsausbruch rund 26 000 Mitglieder zählte. Die Ziffer sank bis auf 7251 in der Mitte des Jahres 1917. Seitdem hat sie sich wieder gehoben und hat jetzt mit etwa 50 000 den doppelten Stand von vor dem Kriege. Während des Krieges wurde weit über eine halbe Million Mark an reinen Unterstützungen ausgegeben. Der größte Teil entfällt davon auf die Krankenunterstützung, sodann auf die Arbeitslosenunterstützung. Das Vermögen des Verbandes beträgt rund eine halbe Million Mark, wovon die Hälfte in Wertpapieren angelegt ist. Der Bericht führt zahlreiche abgeschlossene Tarifverträge auf, welche die erfolgreiche Wirksamkeit des Verbandes beweisen. Die Löhne haben, namentlich in der Schiffahrt, eine ansehnliche Erhöhung erfahren. Der Verband besitzt rund 300 Zweigstellen. Der letzte ordentliche Verbandstag fand im Mai 1914 in Leipzig statt. Wir werden über die bevorstehende Tagung berichten.

Lebensmittel-Kalender.

Freihändiger Verkauf von Suppenmehl. Die Kleinhändel befindlichen Restmengen von Suppenmehl können freihändig verkauft werden. Kleinhändler, die noch Bedarf an Suppenmehl, bestehend aus ⅔ Kartoffeln und ⅓ Möhren, haben, können sich im Stadternährungsamt, Zimmer 11, einen Bezugsschein ausstellen lassen. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß dieses Suppenmehl ein ganz einwandfreies, aus besten Zutaten hergestelltes Nahrungsmittel ist. Das Suppenmehl ist nicht gewürzt, es muß also von den Haustauen Salz, Suppengrün (Porree, Sellerie grün, Petersilie, je nach Geschmack) und wenn möglich etwas Pfeffer hinzugefügt werden. Zum Sämigmachen empfiehlt sich das Einreiben einer rohen Kartoffel. Diese Suppen müssen mindestens eine halbe Stunde kochen und erzeben dann nach Beifügung der genannten Zutaten ein wohlschmeckendes nahrhaftes Gericht.

Umtausch von Gemüsekonserven. In Ergänzung unserer Bekanntmachung vom 31. Mai wird denjenigen Haushalten, die bei ihren Kleinhändlern Gemüsekonserven in bombiertem (getriebenem oder unbrauchbarem) Zustande erhalten haben, gestattet, solche bis spätestens Montag, den 16. Juni, bei ihren Kleinhändlern umzutauschen. Die Kleinhändler haben diese Dosen zu sammeln und sich dafür in dem städtischen Lager (Schlachthof) gute Dosen aushändigen zu lassen. Haushalte, die beabsichtigen, die Gemüsekonserven zum späteren Verbrauch aufzuheben, tun dies auf eigene Gefahr; ein Umtausch nach dem festgesetzten Termin findet nicht statt. Die bei den Kleinhändlern verbleibenden Restbestände an Gemüsekonserven werden vom 16. Juni an zum freihändigen Verkauf freigegeben.

Städtischer Verkauf von Dörrobst in der Talamtschule am Sonnabend, den 7. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 67 601—74 000 vorm. von 8—1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ein Viertelpfund zum Preise von 1 Mark für das Viertelpfund abgegeben werden. Das Dörrobst ist vor dem Kochen 24 Stunden in kaltem Wasser aufzuweichen. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Sonnabend. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 25 601—28 000 vorm. von 8—1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 55 Gramm zum Preise von 20 Pf. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Sonnabend, den 7. Juni, auf den Abschnitt 12 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Schenkking, Forsterstr. 38 (vorm. von 8—2 Uhr) und in der Verkaufsstelle der Halleschen Molkerei, Glauchaer Str. 15/18. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis 10. Juni abzuliefern.

Graupen. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, am Sonnabend, den 7., und am Dienstag, den 10. Juni, bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Graupen abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 6. Juni 1919. **Der Magistrat.**

Amtliche Bekanntmachungen für Weißenfels.

Lebensmittelverteilung im Stadtkreise. In der Woche vom 9. bis 14. d. Mts. kommen nach der Kundenliste zur Verteilung: 125 Gramm Haferflocken (1 Pfd. 62 Pf.) auf Marke 261, 125 Gr. Teigwaren (1 Pfd. 66 Pf.) auf Marke 262, 100 Gr. Graupen (1 Pfd. 44 Pf.) auf Marke 263, 250 Gr. Zuckerhonig (1 Pfd. 80 Pf.) auf Marke 264. Markenablieferung findet am 17. d. Mts. wie folgt statt: Marken 261, 262 und 264 an Herrn Kaufmann Hermann Rothe hier; Marke 263 an Herrn Kaufmann Ludwig Schumann hier. Mit Rücksicht auf die Pfingstfeiertage kann der Verkauf ausnahmsweise bereits von heute, Freitag, ab erfolgen. Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 bestraft.

Verteilung an Kinder bis zu 6 Jahren. Für Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahre können heute und morgen gegen Vorlegung der laufenden Kinderfleischkarte in nachstehenden Verteilungsstellen entnommen werden: je 3 Pakete Kets à 39 Pf. oder Zwieback à 44 Pf. Kinderfleischkarte Nr. 1—400 bei Schelle, Jüdenstraße; 401—800 bei Kaisers Kaffeegeschäft, Jüdenstraße; 801—1200 bei Seyffarth, Friedrichstraße; 1201—1600 bei Sträßle, Leipziger Straße; 1601—2000 bei Stöckel, Brauhausgasse; 2001 bis 2400 bei Raupold, Markt; 2401—2800 bei Dettmar, Tagewerbener Straße; 2801 bis Schluß bei Zilling, Große Kalandstraße. Die Nummernreihenfolge ist von den Bezugsberechtigten und den Verkaufsstellen strengstens einzuhalten; unzuverlässige Verkaufsstellen werden von den künftigen Verteilungen ausgeschlossen. Die Abgabe ist von den Verkaufsstellen wie bisher auf der Rückseite der Kinderfleischkarte mit Tintenstift oder Firmenstempel zu vermerken. Warenbestände sind zu unserer Verfügung zu halten und nach Beendigung des Verkaufs der Firma Rothe schriftlich anzuzeigen. Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 bestraft.

Rohfleischverkauf. Rohfleischmarke 8. Von heute, Freitag, mittag 2—4 Uhr die Nummern 2501—2750, 4—6 Uhr die Nummern 2751—3000. Auf jede Marke werden 150 Gramm Gehacktes oder Wurst zu 60 Pf. verabfolgt. Ein Verkauf ohne Marken findet nicht statt. Rohschlächter Bauer.

12. Butterwoche. Von Freitag früh ab findet in sämtlichen Buttergeschäften gegen Abgabe der 12. Buttermarke Verkauf von Butter und Margarine statt. Auf jede Marke werden 30 Gramm Butter zu 29 Pf., 30 Gramm Margarine zu 13 Pf. verabfolgt. Ablieferungstag der Marken am Donnerstag, den 12. Juni.

Butterhöchstpreise. In Ausführung der Anordnung des Herrn Oberpräsidenten vom 5. 5. 19 wird für den Stadtkreis Weißenfels Nachstehendes bestimmt: Der Kleinhandelspreis für Butter beträgt für das Pfund: 1. für Handelsware I 4.70 Mk., 2. für Handelsware II 4.40 Mk., 3. für abfallende Ware 2.70 Mk. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Weißenfels, den 5. Juni 1919. Der Magistrat.

Achtung! Achtung!
Am Sonnabend, den 7. Juni auf dem Hallmarkt:
Prima Salzgemüse
Weißkohl fein geschnitten, das Pfund 15 Pfennig.
5 . 70
grüne Schnittbohnen, deutsche Ware, das Pfund 95 Pfennig.
5 . 4.50 M. 3812

Pantinenhölzer
preiswert abzugeben.
Ernst Hoffmann,
Pantinenhölzerfabrik
Weingarten 41. 4383

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 10 Uhr.

Gummierte
und wasserdichte
Bettstoffe
in guten Qualitäten sowie Bedarfsartikel für Wöchnerinnen und Säuglinge empfiehlt
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstr. 41. 2098

Das grossse Festprogramm!
Henny Porten
in **„Die blaue Laterne".**
Drama nach dem gleichnamigen Romen von Paul Lindau in 5 Akten.
Dazu das herrliche Lustspiel in 3 Akten
„Einen Jux will er sich machen".
Orpheum
12 Steinweg 12.

Stellen finden.
Wir suchen sofort für unser Werk bei Bahnhof Teutschenthal
10—15 kräftige
Förderleute
bei hohem Verdienst. Unterkunft und Verpflegung auf dem Werk. Meldungen bei unserem Werk bei Bahnhof Teutschenthal.
Kalkwerk Krügershall,
Aktiengesellschaft, Halle a. S. 3735

10—15 kräftige Förderleute
werden eingestellt. — Verpflegung und Unterkunftsräume vorhanden
Betriebsverwaltung der Gewerkschaft Salzmünde in Zappendorf.

2 tüchtige im Betonbau erfahrene
Maurerpoliere
20 Maurer
20 Cementeure
6 Zimmerleute
stellen ein 3830
Anhaltische Industrie- und Wohnungsbau G. m. b. H., Leuna-Werke, Kolonie Rössen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190606-12/fragment/page=0006